Nr. 49. Halle a. S., Sonnabend den 27. Februar 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1.20 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. excl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile ist die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 8128.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Wie sozialdemokratische Mandate ungiltig gemacht werden.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat am Mittwoch, wie schon gestern kurz mitgeteilt wurde, die Wahl unseres Genossen Buchwald (Sachsen-Altenburg) für **ungiltig** erklärt. Dieses Vorgehen, das schon in dem Falle unseres Genossen Heinrich Braun (Frankfurt-Lebus) in Erscheinung trat, läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß die bürgerlichen Parteien ein raffiniertes System einführen wollen, durch welches die sozialdemokratischen Mandate einfach kassiert werden können. Es ist daher wohl angebracht, wenn der Fall Buchwald hier einmal gründlicher behandelt wird, um die saubere Praxis der bürgerlichen Mehrheits-Parteien in das rechte Licht zu setzen.

In Sachsen-Altenburg wurden von 43 605 Wahlberechtigten 36 217 giltige, 187 ungiltige Stimmen abgegeben. Davon hatte Buchwald 18 695, der Bündler v. Blödau 14 498, der Freisinnige 2993 Stimmen erhalten, so daß Buchwald mit 586 Stimmen über der absoluten Majorität als gewählt proklamiert wurde. Gegen diese Wahl ist von seiten der Bündler ein Protest eingegangen, der sich darauf stützt, daß in einer Versammlung des Deutschen Reichsvereins am 22. Januar 1903 zu Altenburg, in welcher v. Blödau Bericht erstattete über seine Abstimmung zum Antrag Kardorff — er gehörte zu den Bündlern, welche gegen den Antrag Kardorff gestimmt hatten — der damalige altenburgische Minister und Bundesratsbevollmächtigte von Helldorf gegen von Blödau aufgetreten sei.

Intensiver — behaupten die Protesterheber — konnte die offizielle Agitation gegen die Kandidatur v. Blödau nicht in Erscheinung treten, als durch die Stellungnahme Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers und Bundesratsbevollmächtigten v. Helldorf geschehen.

Interessant ist weiter in dem Protest das Zugeständnis der Führer des Bundes der Landwirte, daß ohne die Unterstützung seitens der Regierung und ihrer Beamten die bündlerische Agitation erfolglos bleibe.

Der Bündler von Blödau war in einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu Altenburg am 10. Januar 1903 zum Kandidaten ernannt worden. Im gleichen Saale fand am 22. Januar die von dem konservativen Reichsverein einberufene Versammlung statt, in welcher dann der Minister v. Helldorf oben erwähnte Opposition machte. Nach dem Bericht der konservativen Altenburgischen Landes-Zeitung, der ebenfalls dem Proteste beigelegt war, trat der Minister gegen den Abgeordneten v. Blödau auf, weil er „nicht glaube, daß Herr v. Blödau (infolge seines schroffen Auftretens gegen den Zolltarif) bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Mehrheit erhalte", v. Blödau könne deswegen „nicht als geeignete Persönlichkeit für einen Kompromißkandidaten gelten", er „erschwere das Zustandekommen einer Einigung der Ordnungsparteien" gegen die Sozialdemokratie, denn bei seiner Abstimmung gegen den Antrag Kardorff „habe v. Blödau Seite an Seite mit der Sozialdemokratie gestanden", dem „Vorgehen der Umsturzpartei habe ein Ende gemacht werden müssen".

Man sieht also, das Auftreten des konservativen Herrn Staatsministers in einer konservativen Versammlung war von der Absicht geleitet, im Interesse der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte einen andren Kandidaten zu erhalten, damit der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten verhindert werde.

Liegt also — nach Auffassung der Wahlprüfungs-Kommissions-Mehrheit — eine amtliche Wahlbeeinflussung vor, so jedenfalls eine amtliche Wahlbeeinflussung zu Gunsten der Konservativen gegen die Sozialdemokraten.

Der Referent — der bauernbündlerische Abgeordnete für Heilbronn Dr. Wolff — stellte sich auf den Boden des Protestes; ohne dieses Auftreten des Ministers hätte der Bündlerkandidat mehr Stimmen erhalten; ein Teil der Beamten, namentlich der kleineren, die vielleicht heimlich sozialdemokratisch gesinnt seien, hätte jedenfalls nach solchem Auftreten des Ministers für den Sozialdemokraten gestimmt, ebenso ein Teil der kleinen Bauern aus Aerger über den Minister, andre, z. B. Kleinbürger, hätten vielleicht für den Freisinnigen gestimmt, noch mehr Wähler hätten sich wahrscheinlich der Abstimmung überhaupt enthalten — kurz: bei der geringen Mehrheit wäre sehr wohl die Möglichkeit einer Stichwahl gegeben gewesen, wenn eben nicht der Minister durch sein Auftreten der Sozialdemokratie genützt hätte.

Der Korreferent (Fischer-Berlin) vertrat den bisherigen Standpunkt der Wahlprüfungs-Kommission: 1. daß ihrer Entscheidung nur die Vorgänge von der Zeit der Ausschreibung der Wahl bis zum Abschluß derselben unterliegen; 2. daß eine Kassation der Wahl infolge amtlicher Wahlbeeinflussung nur stattfinden könne, entweder wenn sie zu Gunsten des siegreichen Kandidaten geübt worden sei; oder aber wenn anzunehmen sei, daß ohne die amtliche Wahlbeeinflussung der unterlegene Kandidat gesiegt hätte, nicht aber, wenn die Partei, zu deren Gunsten die Wahlbeeinflussung stattgefunden habe, gleichwohl in der Minderheit geblieben sei.

Was nun die Frage der amtlichen Wahlbeeinflussung selber betreffe, so habe die Majorität der Kommission und des Hauses es bisher grundsätzlich abgelehnt, in der allgemeinen Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes durch einen Beamten an sich schon eine ungehörige Wahlbeeinflussung zu erblicken; nur wenn ein solcher in einseitiger Weise zu gunsten einer bestimmten Partei oder gegen eine bestimmte Partei bezw. deren Kandidaten seine Amtsgewalt und seinen Einfluß mißbrauche, habe bisher die Majorität den Begriff der unzulässigen Wahlbeeinflussung als gegeben erachtet. Das sei hier aber nach Lage der Dinge nicht geschehen. Wolle aber die Mehrheit ihren bisherigen Standpunkt verlassen und jetzt den Grundsatz festlegen, daß die Beamten bei allen Wahlen jeglicher öffentlicher Betätigung und Bekundung ihrer politischen Anschauungen sich zu enthalten haben, so würden die Sozialdemokraten solch' einem allgemein verpflichtenden Beschlusse sich anschließen. Wogegen sie sich wenden, sei die Praxis, nur in den Fällen von diesem Grundsatze Gebrauch zu machen, wenn es sich handle um Kassationen sozialdemokratischer Wahlen, die trotz amtlicher Wahlbeeinflussungen zu stande gekommen seien.

Die Mitglieder der Zentrumspartei haben natürlich, ihrer gewohnten Taktik entsprechend, auch hier rundweg abgelehnt, eine grundsätzliche Festlegung herbeiführen zu helfen; sie wollen immer den Spezialfall, die „besonderen Verhältnisse" beurteilen.

Die Konservativen mußten bei diesem Umsturz aller bisherigen Grundsätze der Wahlprüfungskommission natürlich auch ihr Päcklein bringen. Zwar pflegen sonst die Konservativen regelmäßig das Recht der Beamten zu betonen, ihre politische Anschauung ebenso gut wie andere Staatsbürger zu betätigen, sie bestreiten sonst regelmäßig sogar Begriff und Wirkung der amtlichen Wahlbeeinflussung, selbst wenn alle anderen Parteien darüber einig in ihrem Urteil sind; sie betrachten es sonst sogar als ihr Recht, Minister, Regierungspräsidenten, Landräte bis herunter zum Nachtwächter für ihre Kandidaten eintreten zu sehen und bestreiten jede Wirkung solcher amtlichen Wahlbeeinflussung, wenn diese amtliche Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten gewirkt hat; hier aber hat der sozialdemokratische Kandidat gesiegt — und nun finden die konservativen Wahlkommissionsmitglieder plötzlich, diese Ausübung des Staatsbürgerrechts ein halbes Jahr vor Ausschreibung der Wahlen sei als amtliche Wahlbeeinflussung aufzufassen, und da der konservative Kandidat trotzdem nicht gesiegt hat, muß die sozialdemokratische Wahl kassiert werden.

Daß die Nationalliberalen, wie in allen Fragen, auch hier gegen eine grundsätzliche Festlegung sich wandten, ist natürlich, sie wollen sich das Recht wahren, von Fall zu Fall — umzufallen.

So wurde denn nach sehr eingehender und erregter Debatte, bei der nur die Sozialdemokraten und der Freisinnige Bargmann sich gegen den Umsturz der bisherigen Praxis der Wahlprüfungskommission für diesen speziellen Fall aussprachen, mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen, Nationalliberalen und Reichspartei gegen die Stimmen der drei Sozialdemokraten und des Freisinnigen Bargmann die Wahl unseres Genossen für ungiltig erklärt.

Die Tatsachen stehen nach dem Beschlusse der Mehrheit der Wahlprüfungskommission nunmehr so:

Wenn für einen bürgerlichen Kandidaten Minister, Landräte oder andere Beamte eintreten, so unterliegt die Frage, ob das eine amtliche Wahlbeeinflussung darstelle, erst noch der Prüfung weiterer „begleitender" Umstände, falls die Wahl mit dem Siege des bürgerlichen Kandidaten endet; siegt aber trotz solchen Eintretens oder amtlicher Wahlbeeinflussung der sozialdemokratische Kandidat, so muß die Wahl kassiert werden — eben weil ein Sozialdemokrat gewählt ist.

19] [Nachdruck verboten.]

Kosmopolis.

Roman von Paul Bourget. Deutsch von Emmy Becher.

5. Kapitel.
Katharina Steno.

Für eine Frau von geringerem Mut als die Gräfin und minder großer Fähigkeit, einer Gefahr ins Auge zu sehen und entgegen zu gehen, würde dieser Abend das Vorspiel zu einer bangen, schlaflosen Nacht gewesen sein, wo die fessellose Phantasie alle Seelenzustände des drohenden Unglücks im voraus durchmacht und erschöpft. Solche Schreckensstunden führen dann in der Regel zu einem feigen Entschluß, zur verbissenen Lüge, die den Mann empört, weil er nicht einsieht, daß Heuchelei die einzige Kraft der Schwachen ist. Katharina Steno kannte weder Schwachheit noch Angst. Im Vollbewußtsein ihrer Tatkraft fühlte sie sich jeder Lage gewachsen und kannte den Begriff der Unruhe nicht. Ihr Schlaf war in dieser Nacht so ungestört und so erquickend gewesen, als ob ihr kein Gorka mit Rachedurst im Herzen und drohenden Augen erschienen wäre. Gegen zehn Uhr saß sie am nächsten Morgen in dem kleinen Wohn- oder richtiger gesagt Arbeitszimmer neben ihrer Schlafstube und sah einige Rechnungen durch, die ihr ein Verwalter persönlich überbracht hatte. Sie war wie immer um sieben Uhr aufgestanden, hatte das eiskalte Bad genommen, womit sie Winter und Sommer ihr kräftiges Blut peitschte, hatte nach englischer Art Eier, kaltes Fleisch und Tee gefrühstückt, eine Gewohnheit, der sie die Erhaltung ihres Magens zu danken glaubte, und dann umständliche Toilette gemacht. Bei ihrer Tochter hatte sie auch schon angeklopft und außerdem fünf Briefe geschrieben, denn ihre kosmopolitische Gastfreundschaft belastete sie mit mannigfaltigem Briefwechsel und sie war ebenso treu in der Freundschaft als unbeständig in der Liebe. Seite um Seite hatte sie mit ihrer großen, steilen Schrift gefüllt, die in ihrer angelernten Regelmäßigkeit so vornehm wirkte, und der einstige Geliebte hatte sie nicht weiter beschäftigt, als daß sie sich sagte:

„Um elf Uhr muß ich bei Maitland sein, um zehn Uhr wird Ardea kommen, um über seine Heirat zu sprechen, vorher muß ich Finolis Rechnung durchsehen. Wenn nur Gorka sich nicht einfallen läßt, auch heute früh zu kommen. . . ." Das war der einzige Gedanke, den sie ihm widmete. Der verratene Liebhaber flößte ihr weder Mitleid noch Furcht ein. Sie war entschlossen, ihm ehrlich und rücksichtslos zu sagen, daß sie ihn nicht mehr liebe, und ihm die Wahl zu lassen zwischen einer gänzlichen Entzweiung oder einer zuverlässigen Freundschaft. Das einzig Widerwärtige war ihr die Stunde dieser Auseinandersetzung, die sie lieber auf den Nachmittag verlegt hätte, wo sie frei war, allein durch diese Verdrießlichkeit hinderte sie nicht, die Zahlenreihen ihres Intendanten ruhig und sachverständig durchzugehen. Der Verwalter selbst stand neben ihrem Schreibtische, eines jener grobknochigen Gesichter mit brauner Haut und Hängebacken, wie Bonifazio sie den Pharisäern und hartherzigen Reichen zu geben liebte. Er verwaltete die siebenhundert Hektar des Gutes von Piove bei Padua, dem Lieblingssitz der Gräfin. Sie hatte den Ertrag durch Trockenlegung einer stehenden Lagune, die viele Fieberkeime ausgehaucht hatte, verzehnfacht, denn der ein Meter unter Meereshöhe liegende Grund hatte sich überraschend fruchtbar erwiesen, und sie besprach jetzt die zunächst nötigen Maßregeln mit jener genauen und eingehenden Kenntnis der Landwirtschaft, die einen Charakterzug des italienischen Adels und die Ursache seiner Lebensfähigkeit bildet. Der Adel dauert, selbst nach Entziehung seiner Vorrechte, überall, wo er der Geschichte und der Scholle treu bleibt.

„Du hast also den Ertrag der Seidenwürmer auf etwa fünfzig Kilo Kokons die Unze veranschlagt?"

„Ja, Exzellenz."

„Fünf Unzen gelbe — hundertmal fünfzig, macht fünftausend," fuhr sie fort. „Und vier Franken fünfzig?"

„Möglicherweise fünf, Exzellenz."

„Nehmen wir zweiundzwanzigtausendfünfhundert an," sagte die Gräfin, „und für die japanischen ebensoviel. Das bringt uns gerade auf die Baukosten."

„Ja, Exzellenz. Und der Wein?"

„Nach dem, was Du mir über die Reben sagst, halte ich es für wichtig, daß Du den ganzen Rest sofort an den Vertreter des Hauses Kauffmann abgibst, aber nicht unter sechs Franken die Brentina. Du weißt ja, daß unsere Fässer im August geleert und gereinigt sein müssen . . . gerade im ersten Jahr, wo wir die neue Weinbereitung durchführen, darf es uns daran nicht fehlen."

„Sehr wohl, Euer Gnaden. Und die Pferde?"

„Diese Gelegenheit dürfen wir auch nicht hinauslassen. Du fährst heute um zwei Uhr mit dem Schnellzug nach Florenz, bist morgen früh in Verona, bringst das Geschäft zum Abschluß und lieferst die Pferde abends noch in Piove ab. Jetzt sind wir fertig."

Sie besaß ein ungewöhnlich feines Gehör und hatte die Tür des Vorzimmers gehen hören. Eigenhändig die Papiere des Verwalters in einen Umschlag steckend, verabschiedete sie den vierschrötigen Mann und mit ihm offenbar alle Gedanken an Geschäftliches, denn sie empfing ihren zweiten Besucher, der zum Glück der Fürst Ardea war, mit ihrem sonnigsten, leichtsinnigsten Lächeln.

„Ich habe mit Erlaucht zu sprechen," sagte sie dem Diener. „Empfangen Sie sonst niemand, aber weisen Sie auch nicht ab, sondern bringen Sie mir erst die Karten."

„Nun, Simpaticone?" begrüßte sie jetzt Ardea mit seinem anmutigen, von ihr erfundenen Spitznamen. „Wir haben Sie gestern Ihren Abend vollends zugebracht?"

„Das werden Sie mir kaum glauben!" versetzte Peppino lachend. „Ich, der ich nichts mehr mein nenne, bald nicht einmal mehr mein Bett, bin in den Klub gegangen, habe Bank gehalten und zum erstenmale im Leben gewonnen!"

Er beichtete diesen Jugendstreich mit so kindlichem Vergnügen, lachte so herzlich über sein Unglück, daß die Gräfin ihn ordentlich verblüfft ansah, gerade wie er sie bei seinem Eintritt auch angesehen hatte. Man kennt sich selbst so wenig und gibt sich selbst so selten Rechenschaft über seine Eigentümlichkeiten, daß jedes von ihnen im stillen verwundert war, das andere so ruhig zu finden. Ardea begriff nicht, daß die Gräfin von Gorkas unerwarteter Rückkehr und ihren möglichen Folgen so wenig beruhigt war, während sie den Frohsinn bewunderte, der dem seltsamen jungen Mann bei all seinem Unstern zu Gebote stand. Er hatte offenbar seinen Anzug mit so ungetrübter Heiterkeit angelegt, als ob ihm kein für seine ganze Zukunft entscheidender Schritt bevorstünde. Der karrierte Stoff, die gelben Schuhe, die Farbe seines Hemdes, die Blume im Knopfloch, alles trug den Stempel lebensfroher Leichtfertigkeit. Er hatte diese Unbedachtsamkeit schon so teuer bezahlen müssen, daß die Gräfin plötzlich das Mitleid starker Naturen für die Wehrlosen empfand und das Bedürfnis, für diesen Springinsfeld zu handeln, ihn aufzurütteln. Mit ihrer gesunden Vernunft und ihrem Drang, alles glatt abzuwickeln, fand sie die Verbindung mit Fanny Hafner so wünschenswert, daß sie mit einer Hast, als ob es sich um einen persönlichen Gewinn handelte, auf ihren Abschluß hinarbeitete.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621904O227-14/fragment/page=0001

Gesagt wird das freilich nicht so offen, aber alle die schiefen Argumente sind Firlefanzereien, welche die Willkürakte der Majorität verhüllen sollen. Alle bisherigen Grundsätze der Kommission sind über den Haufen geworfen, und bloß deshalb, weil es dadurch möglich wurde, einen Sozialdemokraten zu entfernen.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat mit diesem Mehrheitsbeschluß geradezu eine Prämie darauf gesetzt, amtliche Wahlbeeinflussung zu inszenieren; Erfolg hat sie immer: entweder durch den Sieg des Ordnungskandidaten oder durch die — Kassation der sozialdemokratischen Wahl.

Das ist die Konsequenz des Falles Helldorf-Buchwald.

Tagesgeschichte.

Halle, 25. Februar.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm Donnerstag das Gesetz über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen in dritter Lesung debattelos an. Auch der Rest des Etats der Reichseisenbahnen hielt nicht lange auf, so daß sich das Haus bald dem **Justizetat** zuwenden konnte. Allgemein war erwartet worden, und auch der starke Besuch der Tribünen brachte die Erwartung zum Ausdruck, daß in erster Linie eine eingehende Erörterung der **russischen Spitzelwirtschaft** in Deutschland und die Zurückweisung der Behauptungen, die die preußischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein im Abgeordnetenhause erhoben haben, durch unsere Fraktion erfolgen würde. Allein es kam anders. Zum Justizetat lagen nicht weniger als sechs **Resolutionen der Konservativen**, des Zentrums und der **Freisinnigen Volkspartei vor, die die Fragen der Heimstättengesetzgebung, des Automobilverkehrs, der Sicherung der Bauhandwerkerforderungen** und der Behandlung politischer Gefangenen behandelten. Es wurde nun vorgeschlagen, zunächst diese Materien gesondert zu beraten und dann erst sich dem Königsberger Gebeimbundprozeß und der Handhabung der Fremdenpolizei in Deutschland zuzuwenden. Die Konservativen hätten es am liebsten gesehen, wenn die Erörterung der russischen Spitzelwirtschaft überhaupt unterdrückt worden wäre, und die Herren Schönstedt und v. Hammerstein, die wieder durch Abwesenheit glänzten, die guten Zensuren, die ihnen das junkerliche Dreiklassenwahl-Parlament ausgestellt hat, keiner Revision durch den Reichstag mehr auszusetzen brauchten. Aber sie blieben ganz in der Minderheit. Die Abrechnung mit den preußischen Ministern wird mit aller Gründlichkeit erfolgen, doch wird man sich noch einige Zeit damit gedulden müssen. Gestern wurde die ganze Sitzung mit der Erörterung eines konservativen Entwurfs einer Heimstättengesetzgebung ausgefüllt. Ein konservativer Neuling, Herr v. **Riepenhausen**, der bisher nur das Abgeordnetenhaus geziert hat, verteidigte in einer ebenso komischen, wie obstruktionsartig langen Rede, die die animierte Stimmung des Redners auf das Haus übertrug, den Entwurf, dessen reaktionäre Quacksalberei, wie Gen. **Stadthagen** überzeugend nachwies, auf nichts anderes hinauslief, als die Freizügigkeit zu beseitigen und den Bauer im Frondienst des Großgrundbesitzers zu erhalten. Auch die freisinnigen Abgeordneten **Gothein** und **Pohl** bekämpften den Heimstättenentwurf, dem auch Staatssekretär **Nieberding**, trotz seiner Hostilität gegen die Rechte, keine besonderen Sympathien entgegenbrachte. Als Freund des Gedankens, wenn auch nicht allen Einzelheiten des Entwurfs, bekannte sich der freikonservative Herr **Gamp** und auch das Zentrum, für das Herr Dr. **Bachem** sprach, nahm eine ähnliche Haltung ein. Zum Schluß versuchte der süddeutsche Bauernbündler **Wolff**, das Märchen von der Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegen die Kleinbauern weiter zu verbreiten, holte sich aber von **Stadthagen** eine gründliche Abfuhr. Die Resolution wurde dann von der Zolltarifmehrheit angenommen. Am Freitag kommen zunächst die Resolutionen an die Reihe, die ein Gesetz über den Automobilverkehr fordern.

Preußischer Landtag.

Im **Abgeordnetenhause** wurde gestern die Beratung des **Justizetats** fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der bekannte Fall des früheren Abgeordneten Dr. Theodor **Barth**. Während der Wahlagitation ist Dr. Barth in einem von der **konservativen** Parteileitung herausgegebenen Flugblatt, das die Ueberschrift „Eine gemeine Tat" trug, indirekt des **Kaufs sozialdemokratischer Stimmen bezichtigt** worden. Seine Bemühungen, eine öffentliche Anklage gegen die Verbreiter dieses schwer beleidigenden Dokuments herbeizuführen, blieben allen Anstrengungen zum Trotz erfolglos. Die Staatsanwaltschaft in **Köslin** lehnte zunächst die Anklage ab, weil kein öffentliches Interesse vorhanden sei. Auf die erhobene Beschwerde gab die Oberstaatsanwaltschaft zu, daß ein öffentliches Interesse mit Rücksicht auf die Stellung des Herrn Barth vorliegen könne, wies aber die Beschwerde zurück, weil sie dem etwa Schuldigen die Wahrnehmung berechtigter Interessen zubilligte. Auf die weitere Beschwerde hat dann der Justizminister die weitere Verfolgung angeordnet, weil er die Ansicht der Oberstaatsanwaltschaft in Bezug auf die Anwendung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) für falsch hielt. Die Erhebung der Anklage wurde aber wiederum von der Staatsanwaltschaft in Köslin abgelehnt, diesmal, weil der Herr Staatsanwalt nach dem Ergebnis der von ihm angestellten Ermittelungen der Meinung war, daß eine Beleidigung des Dr. Barth in dem Flugblatt nicht enthalten sei. Herr Dr. Barth richtete noch einmal Beschwerde an den Justizminister; dieser aber erklärte sich für unzuständig und gab ihm den Rat, Beschwerde beim Oberlandesgericht einzulegen. Dieser Rat war sehr zweischneidig. Hätte ihn Herr Dr. Barth befolgt, und seine Beschwerde wäre vom Oberlandesgericht abgewiesen worden, so wäre nach der geltenden Praxis ihm auch der Weg zur Privatklage abgeschnitten gewesen, der ihm jetzt wenigstens noch offen steht.

Mit Recht wurde dem Justizminister von dem nationalliberalen Abg. Dr. **Friedberg** der Vorwurf gemacht, daß er Herrn Dr. Barth mit seinem Rate auf einen Holzweg geführt habe. Mit Recht vertrat auch Herr Dr. Friedberg die Ansicht, daß es am besten gewesen wäre, wenn der Justizminister gleich von vornherein die Staatsanwaltschaft in Köslin zur Erhebung der öffentlichen Anklage veranlaßt hätte. Die Debatte war ziemlich lebhaft. Für den Geschmack und den Takt innerhalb der konservativen Partei ist es charakteristisch, daß Herr **Malkewitz**, der Wagenknechtdiat des Abg. Barth, dem all die schmutzigen Angriffe und Manöver seiner konservativen Parteifreunde zu gute gekommen sind, selbst in dieser ihn so nahe berührenden Angelegenheit das Wort zur Verteidigung des Flugblattes nahm. Er suchte den Inhalt als möglichst harmlos hinzustellen. Diese Harmlosigkeit wurde aber vom Abg. **Peltasohn** (Frei. Vgg.), der das Flugblatt zur Stelle hatte und es auf den Tisch des Hauses legte, ins rechte Licht gesetzt. Auch Dr. **Cassel** von der Freisinnigen Volkspartei nahm sich des Herrn Dr. Barth lebhaft an, während Herrn Malkewitz eigentlich kein Verteidiger entstand. Die Debatte wird übrigens ihre Fortsetzung beim Etat des Ministers des Innern finden, da an der Verbreitung des Flugblattes das Landratsamt erheblich beteiligt war.

Von dem Abg. Cassel wurden auch die in der Presse schon so eingehend erörterten Vorgänge beim Kwilecki-Prozeß gestreift. Herr Cassel forderte eine Reform der Voruntersuchung und kritisierte dann in sachlicher, aber recht scharfer Weise das bekannte Verhalten des Staatsanwalts Müller, namentlich seine Aeußerungen gegen die Institution der Geschworenengerichte. Der Justizminister teilte mit, daß Herr Müller wegen dieser Aeußerung rektifiziert worden sei. Als Entschuldigungsgründe führte er die lange Dauer des Plaidoyers und die Jugend dieses Beamten an. Er nannte ihn einen jungen Mann, dem man doch nicht durch eine so eingehende Besprechung in den Parlamenten zu einer beinahe europäischen Berühmtheit machen solle. Auch der Abg. v. Jazdzewski (Pole), der in dem Prozeß als Zeuge vernommen worden ist, und, wie erinnerlich, ein scharfes Rekontre mit besagtem Herrn Staatsanwalt hatte, beschwerte sich über den jungen Herrn und seine gegen die Beichte gerichteten Aeußerungen. Der Justizminister war falsch informiert, als er Herrn v. Jazdzewski gegenüber bestritt, daß die Aeußerung gegen die Beichte gefallen sei. Herr Müller hat damals dem Sinne nach wirklich erklärt, daß er den polnischen Zeugen nicht glaube, weil diese für unrichtige Zeugenaussagen Absolution erhielten. Die Bemerkung ist ja auch von einem der Verteidiger in seinem Plaidoyer ganz energisch zurückgewiesen worden.

Sonst wurden nur weniger wichtige Dinge behandelt. Heute geht die Beratung weiter.

Spitzelarbeit?

Zu den „Enthüllungen" der preußischen Minister über den Schriftenschmuggel nach Rußland schreibt der Stettiner **Volksbote**:

„Die Zitate des Herrn Justizministers genügen, um jeden zu überzeugen, daß wir es in dem Königsberger Geheimbunds- und Hochverratsprozeß mit einer der größten Schurkereien zu tun haben, die jemals von russischen Spitzeln verübt worden sind. Man denke: diese Schriften wurden durch die kaiserlich deutsche Post dem Genossen Nowagrotzki aus dem Auslande zugeschickt. Die russischen Revolutionäre müßten Idioten sein, wenn sie in dieser Weise vorgehen würden, da es ja allbekannt ist, daß Pakete, die aus dem Auslande kommen, von der Zollbehörde geöffnet und eingesehen werden. Und weiter. Dieselbe Person, welche durchaus maßvoll gehaltene sozialdemokratische Schriften versandte, gegen die selbst die preußische Regierung nicht einzuschreiten vermag, sollte jene vom Justizminister zitierten Schriften verschickt haben? Ach, das ganze Manöver der russischen „Richtgentlemen" ist ja so leicht zu durchschauen! Nachdem es diesen Leuten glücklich gelungen war, die Personen auszuschnüffeln, die sich in Ostpreußen mit dem Vertrieb sozialdemokratischer Schriften abgaben, mußte man natürlich auch der preußischen Justiz die Möglichkeit schaffen, dagegen einzuschreiten. Da die russischen und lettischen Schriften, die unseren ostpreußischen Genossen von den russischen Genossen in der Schweiz zugeschickt worden waren, aber nur einen sozialdemokrat. Inhalt hatten, so mußte in anderer Weise Rat geschafft werden. Und russische Spitzel wissen immer Rat. Den Genossen, welche der russischen Sprache nicht mächtig sind, wurden nun von den Spitzeln die zitierten Schriften durch die kaiserlich deutsche Post zugeschickt, um der Königsberger Staatsanwaltschaft das Material zu ihrem Vorgehen zu beschaffen. Daß die russischen Spitzel diese nichtswürdige Tat selbstverständlich ohne Wissen der preußischen Behörden ausführten, brauchen wir nicht noch besonders zu betonen. Diese Schurkerei ist den russischen Spitzeln denn auch nur zu gut gelungen. Durch das Einschmuggeln einiger aufreizender Schriften, die von den russischen agents provocateurs mit dem Golde der russischen Polizei fabriziert werden, hat man es denn auch glücklich dahin gebracht, daß man deutsche Staatsbürger monatelang hinter Kerkermauern halten kann und Deutschland in der nächsten Zeit einen Monsterprozeß erleben dürfte, wie ein solcher seit der Zeit des Leipziger Hochverratsprozesses nicht mehr verzeichnet worden ist. Die Regierung aber wußte, wie der Verlauf der Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhaus zeigt, sehr wohl, was sie tat, als sie sich in die preußische Junkerkammer flüchtete. Das ruchlose Treiben preußischer Lockspitzel zur Zeit des Sozialistengesetzes, das von unseren Genossen seinerzeit im Reichstage aufgedeckt wurde, ist noch nicht vergessen. Der deutsche Reichstag ist ein heißer Boden, ihn zu betreten, hütet man sich wohl."

Freisinnshelden.

In Lübeck führte der Abgeordnete **Gothein** in einer Versammlung der Freisinnigen Vereinigung nach der Freisinnigen Zeitung folgendes aus: „Sollte doch einmal die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideale nahe sein, so würden wir uns **ohne Bedenken mit den Reaktionären vereinigen**, um die Verwirklichung der sozialdemokratischen Utopien zu hintertreiben." Die hiesige Hallesche Ztg. bemerkt dazu: Dieses Vertrauen in die feste, staatserhaltende Politik der „Reaktionäre" mag ja recht ehrenvoll sein; aber es wäre mindestens fraglich, ob die „Reaktionäre" sich in eine „Vereinigung" mit so unsicheren Kantonisten wie den Wadenstrümpflern auch nur ad hoc einlassen würden."

Die freisinnigen Mannesseelen verdienen vollkommen diese hochnäsige Behandlung durch die „Staatserhaltenden". Im übrigen hat es sich ja schon in unzähligen Fällen gezeigt, daß die Freisinnshelden aller Schattierungen den Reaktionären rückhaltlos Lakaiendienste leisten, wenn es gilt der verhaßten Sozialdemokratie etwas auszuwischen.

Ein sozialpolitischer Pfarrer.

Auf dem Verbandstage Thüringischer Raiffeisenvereine in **Erfurt** am letzten Mittwoch, leistete der Landtags-Abgeordnete und Pfarrer Meyenschein aus Hasslau in Hessen in einem Vortrage über: „Die sittigenden Wirkungen des Raiffeisen-Werkes", eine sicherlich „sittigende" Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er wies darauf hin, daß der Raiffeisen-Verein bestrebt sei, andere wirtschaftliche Verhältnisse für die Landwirtschaft **mit Gottes Hilfe** zu schaffen. Es gehe aber auch eine Partei, die dies angeblich auch wolle, **aber ohne Gott**. Wie aber die Hauptführer dieser Partei über den Bauernstand denken, beweise der Ausspruch Bebels:

„Es gibt keinen egoistischeren, keinen rücksichtsloseren, keinen brutaleren und auch keinen borniierten Menschenschlag als die bäuerliche Klasse, gleichviel welcher Gegend. Der menschliche Fortschritt bedingt, daß die Klasse der Bauern verschwinde. Wir **wollen** und können den Untergang des Bauernstandes nicht aufhalten. Haben wir eines Tages die Macht, unsere Forderungen rücksichtslos durchzusetzen, so machen wir natürlich mit diesen Eigentümern kurzen Prozeß."

Es ist erstaunlich, daß ein Pfarrer, der von dem Grundsatz ausgeht, daß man die Wahrheit nur unter Brüdern aussprechen darf, es mit der Wahrheit so wenig genau nimmt. Der Herr Meyenschein sprach doch zu Raiffeisen„brüdern" und trotzdem operierte er mit dieser nachweisbar erlogenen und gefälschten Notiz. Der Herr könnte wohl in der Lage sein, die Berichtigungen unseres Genossen Bebel zu kennen, da er als hessischer Landtagsabgeordneter die öffentlichen Angelegenheiten einigermaßen verfolgen muß.

Dieser Herr Pfarrer ist aber auch sonst ein recht seltsamer Mann. Seine Ansicht über die „Lösung der sozialen Frage" spiegelt sich in dem einen Satze wieder: „Die Raiffeisen-Vereine sind das Allerheilmittel!" und wer nicht daran glaubt, ist ein „politischer Schwätzer", ein „großmäuliger Städter", „Krakeler" oder „Umstürzler". Wie der Herr Pfarrer die Genußsucht, den Leichtsinn und die Roheit der heutigen Jugend beseitigt, dafür mag sein eigenes und wie er selbst sagt, einfaches Rezept hier mitgeteilt sein: „Man nehme den Lausbuben — gemeint sind damit die jungen Fabrikarbeiter — einfach das Geld ab." Und wie kann das geschehen? Man gründe Pfennig-Sparkassen. Allsonntäglich schicke man den Kassierer von Haus zu Haus und lasse sich von den jungen Leuten gegen Einhändigung eines Bons 10, 20, 50 Pfg., ja auch eine Mark geben und spare sie ihnen. Mit diesem einfachen Rezept, das selbst die andächtig lauschenden Landarbeiter mit Heiterkeit aufnahmen, will dieser Raiffeisenmann spielend leicht unsere Jugend zu besseren Menschen und tüchtigen Raiffeisenmännern erziehen. Der Pfarrer und Landtags-Abgeordnete sollte vor den Besserungsversuchen an der Jugend durch Sparsamkeit sich selbst bessern durch Sparsamkeit in saischen Zitaten.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde der Schuhmachergeselle Grüneberg vom Landgerichte **Flensburg** zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Kaiserbeleidigung. In **Trier** feierte die zweite Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 161 in einem Restaurant am 28. Januar den Geburtstag Wilhelms II. Während der Ansprache des Kompagniechefs wiederholte ein Soldat die letzten Worte der gesprochenen Sätze. Und als der Redner die Soldaten aufforderte, „das Gelöbnis der Treue dem obersten Kriegsherrn zu erneuern", sagte der Soldat: „Dat tue ich nicht!" Es wurde ein Verfahren wegen — Majestätsbeleidigung eröffnet, schließlich aber wieder eingestellt. Dann wurde das Verfahren wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft eingeleitet. Vor dem Kriegsgericht erklärte der Soldat, er sei angetrunken gewesen und habe die Aeußerungen ohne Ueberlegung getan. Das Gericht hielt aber durch die Beweisaufnahme für festgestellt, daß der Angeklagte sich seiner Handlungen wohl bewußt gewesen sei. Der Vertreter der Anklage beantragte, mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten, der wegen „Fahnenflucht im Komplott" mit einem Jahr Gefängnis und Versetzung in die zweite Soldatenklasse bestraft ist, und wegen der „Schwere" des ihm zur Last gelegten Vergehens auf eine exemplarische Strafe zu erkennen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. — Man kommandiert angeheiterte Soldaten zu „patriotischen" Kundgebungen, auch wenn ihnen jedes Verständnis dafür fehlt. Und wenn dann ein Angetrunkener eine kleine Unklugheit begeht, die er in besonnenem Zustande zweifellos nie begehen würde, dann macht man ein Staatsverbrechen daraus und wirft das Opfer ein halbes Jahr ins Gefängnis.

Ein neuer Ministerprozeß wird sich vor der Strafkammer in **Oldenburg** am 23. März vollziehen. Angeklagt ist Redakteur Kruse vom Residenzboten, der den Justizminister **Ruhstrat** und den oldenburgischen Richterstand beleidigt haben soll.

Behördliche Gesinnungsschnüffelei. Der Gemeindevorsteher **Bohmke** (Hannover) stellte folgendes amtliche Zeugnis aus:

„Hierdurch wird bescheinigt, daß der Tischlergeselle Friedr. Sander, geb. am 7. 2. 88 zu Nordhausen, wohnhaft seit dem 1. 2. 1900 in Bohmte, sich während dieser Zeit gut geführt, keiner sozialdemokratischen Partei angehört, noch deren Bestrebungen huldigt, Strafen sind nicht zu meiner Kenntnis gekommen.

Bohmte, den 4. 2. 04. **Knapp**,
Gemeindevorsteher."

Das heißt weiter nichts, **als die Angehörigen einer vollberechtigten politischen Partei amtlich in Acht und Bann tun.** Daß in derartigen amtlichen, zum Ausweis der Inhaber dienenden Bescheinigungen Bemerkungen über Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu irgend einer Partei nichts zu tun haben, wird der Herr Knapp doch wissen! Dafür ist er doch Gemeindevorsteher!

Der Kampf gegen die Arbeiterpartei zeitigt wirklich wunderbare Blüten behördlicher Weisheit.

Milde Strafe für einen Duellmord. Das Kriegsgericht **Leipzig** verurteilte den Hauptmann vom 177. Infanterieregiment von Schröder, der am 23. Januar auf der Chemnitzer Flur den Leutnant Schubert im Pistolenduell erschossen hatte, wegen Zweikampfes mit tödlichem Ausgange zur gesetzlichen Mindeststrafe von **zwei Jahren Festungshaft**. Der Schwager Schröders, Hauptmann im Jäger-Regiment 12 zu Fiedberg, wurde **wegen Kartelltragens zu einem Tag** Festungshaft verurteilt. Die Oeffentlichkeit der Verhandlung war ausgeschlossen.

Wieder eine Offizierschießerei. Wie die Lothringer Bürger-Zeitung wissen will, hat am letzten Sonnabend in **Metz** ein Pistolenduell zwischen einem bayerischen Infanterie- und einem preußischen Feldartillerieleutnant stattgefunden. Der Grund soll in einer Karambolage in einem Restaurant während der Fastnachtstage zu suchen sein, wobei es zu Tätlichkeiten kam. Ueber den Ausgang des Zweikampfes ist noch nichts bekannt.

Aus einem fidelen Gefängnis. Der Domänenpächter Faikenhagen, der vor zwei Jahren den Landrat von Bennigsen im Duell gerötet hatte und zur Zeit seine Strafe auf der Festung Weichselmünde verbüßt, stand vor dem Schöffengericht **Danzig** wegen Beleidigung seiner Wachmannschaft; Falkenhagen **wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.**

Ausland.

Oestreich. Begräbnis eines polnischen Freiheitskämpfers. Sonntag nachmittag geleiteten in Lemberg tausendköpfige Scharen **Bronislaw Szwarce** zu Grabe. Besonders stark vertreten waren die Sozialdemokraten; sie trugen einen riesigen, von Dornen durchflochtenen Kranz. Zwei weitere Kränze kamen von der P. P. S. im russischen Staatsgebiet und von der russischen Partei der sozialistischen Revolutionäre. Am Grabe sprach im Namen der polnischen Sozialdemokratie Gemeinderat Hubec. Der Arbeiterchor sang das „Lied der Arbeit". Sodann marschierten die Arbeitermassen in Reih und Glied nach der Stadt, revolutionäre Lieder singend. Ihre Absicht war, vor dem russischen Konsulat eine feindselige Kundgebung zu veranstalten; sie wurden aber daran durch Militäraufgebot gehindert.

Gleichfalls in **Lemberg wurde eine für Montag einberufene sozialdemokratische Volksversammlung** mit der Tagesordnung: „**Der Krieg im Osten und die Sozialdemokratie**", von dem kaiserlich östreichischen Polizeidirektor Schechtel verboten.

Frankreich. Nach rückwärts konzentriert hat sich der nationalistische Abgeordnete Firmin Faure. Derselbe hatte bekanntlich eine Interpellation eingebracht, durch welche er die Regierung befragen wollte, welche Maßnahmen diese zu treffen gedenke, **um die französische Marine in den Stand zu**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040227-14/fragment/page=0002

setzen, daß durch sie die „nationale Sicherheit" gewährleistet sei. Die Interpellation richtete ihre Spitze gegen den demokratischen Marineminister Pelletan, der den Reaktionären aller Schattierungen längst ein Greuel ist. Die gegenwärtige chauvinistische Stimmung, die von den Nationalisten im Sinne der russischen Alliance nach Möglichkeit angefacht wird, schien ihnen günstig, den Verhaßten zu beseitigen. Der Deputierte Faure hat jedoch jetzt dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er seine Interpellation auf später „vertagt". Wie es scheint, haben den Herren die Trauben zu hoch gehangen, sie verschieben deswegen ihre Absichten auf später.

Rußland. Ein neuer Kischinew-Prozeß. In Kischinew begannen am 22. Februar die Verhandlungen des zweiten Teiles des Prozesses gegen die Teilnehmer an den am Osterfeste des vorigen Jahres verübten Exzessen. Die Zahl der Angeklagten beträgt achtundsechzig. Die wegen des Mordes des jüdischen Kaufmanns Koban angeklagten Kotar und Kuiban wurden freigesprochen. Kuiban aber wurde wegen Teilnahme an den Unruhen zu einem Jahre Dienst in der Arrestantenkompagnie verurteilt. Die Zivilforderung der Angehörigen des Ermordeten wurde abgewiesen. Die Verhandlung wegen Ermordung der jüdischen Frau Rosa wurde wegen Nichterscheinens wichtiger Zeugen vertagt. Wegen Ermordung des jüdischen Kaufmanns Ulmanns wurden zwei von den drei Angeklagten verurteilt und zwar einer zu einem Jahre Gefängnis, der zweite zu zweieinhalb Jahren Arrestantenkompagnie und Schadenersatz von 5000 Rubel an die Witwe des ermordeten Ulmanns. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

Der Gouverneur von Bessarabien, Fürst Urussow, bescheidet, wie weiter aus Kischinew der „Hetz" wird, am Tage vor dem Beginn des Prozesses die Vertreter der jüdischen Gemeinde zu sich und machte sie darauf aufmerksam, daß es ihre patriotische Pflicht sei, sich mit Geldspenden an den Sammlungen für militärische Zwecke zu beteiligen und ihre Guthaben bei der Reichsbank nicht zu kündigen. Die jüdische Bevölkerung hielt dieser Tage einen Bittgottesdienst für den Sieg der russischen Waffen ab. Gleichzeitig fand ein „patriotischer Umzug" der christlichen Bevölkerung statt, wobei Hochrufe auf den Redakteur Kruschwan des Bessarabetz ausgebracht und zahlreiche Fensterscheiben in den jüdischen Wohnhäusern zertrümmert wurden. Ein netter „Patriotismus"!

Parlamentarisches.

In der Petitionskommission des Reichstags wurde am Mittwoch das Verlangen auf Erhöhung der Pensionszuschüsse für Invaliden der staatlichen Gewehrfabrik in Erfurt für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt, da keinerlei Rechtsansprüche vorlägen. — Eine Bäckerinnung forderte, daß die Unternehmer nicht zu Beiträgen herangezogen werden sollten, falls eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt würde. Die Sozialdemokraten beantragten einfachen Uebergang zur Tagesordnung, doch wurde dieser Antrag von seiner Seite unterstützt. Der Regierungskommissar erklärte, die Frage, ob eine allgemeine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit möglich sei, erscheine der Regierung noch so wenig geklärt, daß sie der Angelegenheit noch nicht nähertreten könne. — Zu eingehenden Erörterungen gab die fleißig und sorgfältig ausgearbeitete Petition des Verbandes deutscher Malergehilfen Anlaß über Verbot der Bleifarbenverwendung. Die Genossen Tutzauer und Wurm begründeten die Berechtigung des Petitums und seine Ausführlichkeit. Mit Vorbeugungsmaßregeln habe man die weitverbreiteten Bleivergiftungen nicht verhindern können, außerdem sei es unmöglich, auf Bauten 2c. diese Maßnahmen durchzuführen. In Holland, der Schweiz und Frankreich habe man bereits gelungene Versuche mit dem vollen Verbot gemacht. Der Hinweis auf die in der Bleifabrikation beschäftigten Arbeiter sei nicht stichhaltig, denn werde die Verwendung von Bleifarben verboten, so müsse die Fabrikation von Zinkfarben entsprechend zunehmen, so daß neue Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter geschaffen werde. Zudem frage man doch sonst nicht darnach, wenn durch technische Fortschritte Tausende von Arbeitern und Kleinmeistern brotlos würden. Der Regierungs-Kommissar erkannte die Berechtigung der Beschwerde an; das Verbot der Bleifarbenverwendung werde bereits erwogen, aber es sei noch nicht zum Abschluß gelangt. Dem sozialdemokratischen, von Thiele und Fischer-Sachsen begründeten Antrage auf Ueberweisung zur Berücksichtigung traten nur noch zwei Mitglieder der Kommission bei; es wurde Ueberweisung zur Erwägung beschlossen mit dem Zusatze, die Regierung solle ungesäumt Schutzmaßnahmen erlassen. — Den Befähigungsnachweis für alle Gewerbe einzuführen, beantragte der Innungsausschuß in Hoch. Ohne Debatte wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Dagegen wurde der weitere Antrag, den Befähigungsnachweis für Bauhandwerker einzuführen, gegen die sozialdemokratischen und nationalliberalen Stimmen, denen sich nur ein Freisinniger zugesellte, zur Erwägung überwiesen. Ueber den dritten Antrag, den Befähigungsnachweis zu fordern für Maschinisten und Heizer wurde mit 10 gegen 8 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. — Eine Tischlerinnung in Holstein wollte das absolute Verbot des Streikpostenstehens erlassen wissen. Die Petition wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dagegen wurde die Eingabe des Generalrats der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, das Koalitionsrecht zu sichern und auf die Landarbeiter auszudehnen, der Regierung zur Erwägung überwiesen. Der sozialdemokratische Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung fand nur 9 Stimmen, da die Konservativen, das Zentrum und einige Nationalliberale dagegen stimmten.

Aus dem Innern des Reichspostamts.

II.

Betrugen die Ausgaben für die Zentralverwaltung reichlich 3 Millionen Mark, so kommen natürlich für die Betriebsverwaltung wesentlich höhere Ausgaben in Betracht. Die 41 Oberpostdirektoren beziehen 7000 bis 10000 Mk. Gehalt, wozu für den in Berlin noch 1500 Mk. Zulage kommen. Die ferner in Betracht kommenden 208 Oberposträte und Posträte haben gleich den 20 Postbauräten 4200 bis 7200 Mk. neben 900 Mk. Zulage für mehrere Großstädte. Der Postrat in Schanghai (China) erhält 13000 Mark. 216 Ober-Postinspektoren haben 3000 bis 4200 Mk. Gehalt, 14 Postbauinspektoren 3600 bis 4800, neben Zulagen für größere Städte. 40 Rendanten der Ober-Postkassen beziehen 3600 bis 5400 Mk. 100 Hilfsreferenten 2100 bis 4200 Mk., 29 Ober-Postkassenkassierer 3000 bis 4200 Mk., 821 Bureau- und Rechnungsbeamte I. Klasse 2100 bis 4200 Mk., ebensoviele als 43 Bausekretäre. 1312 Bureaubeamte II. Klasse 1500 bis 3000 Mk., 15 Postgehilfinnen 1000 bis 1500 Mk., ebensoviel 388 Unterbeamte. Außerdem erhielten diese Beamten sämtlich Wohnungsgeldzuschüsse.

Bei den Post- und Telegraphenämtern sind tätig 846 Vorsteher von Postämtern I. Klasse von 3000 bis 6000 Mk. Gehalt, 383 Post- u. Telegraphen-Inspektoren mit 2100 bis 4200 Mk., 125 Post- und Telegraphenkassierer mit demselben Gehalte, 1502 Ober-Postsekretäre und Ober-Telegraphensekretäre sowie 6 Maschinenmeister gleichfalls mit 2100 bis 4200 Mk., 599 Vorsteher von Postämtern II. Klasse und (2100 bis 4200 Mk.), 3054 Post- u. Telegraphensekretäre (1700 bis 3500 Mk.), 23158 Oberpost- und Obertelegraphen-Assistenten (1500 bis 3000 Mk.) nebst Ortszulagen. 32 Lagerverwalter, 24 Maschinisten, 259 Mechaniker, 15 Dachdeckeraufseher, deren Gehalt bis 2200 bezw. 3000 Mk. steigt.

Die 3012 Vorsteher von Postämtern III. Klasse erhalten 1500 bis 3000 M. 1422 Post- und Telegraphengehilfinnen 1100 bis 1500 M., 45275 Unterbeamte 900 bis 1500 M. Die Unterbeamten im Auslande erhalten bis 3800 M. Die 164 Postschaffner beim Postzeitungsamte stehen sich auf 1000 bis 1500 M., die 21700 Landbriefträger 2c. auf 800 bis 1000 M. An Wohnungsgeld-Zuschüssen erhalten die vorgenannten Beamten zusammen 25.4 Millionen Mark, an Stellenzulagen rund 660000 M., an Teuerungszulagen 1.8 Millionen Mark. Widerrufliche Gehaltszulagen für Postbeamte in gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen wurden 539100 Mark gezahlt. Für Hilfsleistungen sind 14 Millionen Mark ausgeworfen, für Postagenten rund 7 Millionen Mark, für Hilfsarbeiter 2 Millionen Mark, für Postbilfsstellen 22¼ Mill. Mark, für Stellvertretungskosten 8.3 Mill. M., für außerordentliche Unterstützungen 2.7 Mill. M., für Unterstützung der Witwen und Waisen 6.3 Mill. M., für Reisegehälter an Beamte und Unterbeamte 18.3 Mill. M., für Belohnungen 240000 M., für Krankenkassenbeiträge 219000 M., für Invaliden-Versicherung 190000 M., für Heilverfahren im Dienste beschädigter Beamten und Unterbeamten 65000 M., für weitere Unterstützung der Witwen und Waisen sowie der in Ruhestand Getretenen 1050000 M.

Die Unterhaltung der Bahnpostwagen erfordert 9590000 Mark; an die Bahnverwaltungen werden für Beförderung zahlungspflichtiger Postgüter 1.6 Mill. M. gezahlt, an Fahrgebühren der Beamten und Postschaffner 4.6 Mill. M. Die Unterhaltung der Postwagen beansprucht 2.4 Mill. M. Die Beförderung der Posten 15.7 Mill. M.

Die Telegraphie erfordert für Unterhaltung und Beschaffung der Apparate 10.5 Millionen Mark, für Bau und Unterhaltung der Telegraphenlinien 15 Millionen Mark für die Arbeiten an den Telegraphenlinien 10.5 Millionen Mark, für Bewachung derselben 440000 M.

Tagegelder, Fuhrkosten, Umzugskosten erfordern 2.7 Millionen Mark, die Schreib- und Packbedürfnisse, Feuerung, Beleuchtung 2c. 10¼ Millionen Mark. An Mieten für Postämter 2c. werden rund 8.5 Millionen Mark gezahlt, an Zuschüssen für Beschaffung von Dienstkleidung der Unterbeamten 2.8 Millionen Mark. Aus den sonstigen Ausgaben seien hervorgehoben 12⅝ Millionen Mark Vergütungen an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden, 3⅔ Millionen Mark zur Gestattung von Porto und zur Entschädigung bei Kassenausfälle.

Die gesamten dauernden Ausgaben beanspruchen 414 Mill. Mark. Da die Einnahme sich auf 480 Millionen Mark stellte, verbleibt ein Ueberschuß von 66 Millionen Mark, wovon 13¼ Millionen Mark für Neubauten und andere einmalige Ausgaben abgehen.

Der Krieg in Ostasien.

Den Mund recht voll genommen haben gestern die Russen, als sie ihren großen „Sieg" über die Japaner im Hafen von Port Arthur in die Welt hinausposaunten. Erst sollten die Panzerschiffe der Japaner in den Grund gebohrt sein, dann waren es nur 4 Torpedoboote und am Schlusse stellt sich heraus, daß es sich nur um 4 alte Kasten handelte, die die Japaner als sogenannte „Brander" ausgerüstet hatten, um sie in der Hafeneinfahrt zur Explosion zu bringen und zu versenken und der russischen Flotte dadurch die Ausfahrt unmöglich zu machen. Die Japaner wollten dasselbe thun, was im spanisch-amerikanischen Kriege die Amerikaner in der Bucht von Santiago taten, indem sie ein Schiff versenkten und die Hafeneinfahrt sperrten.

In Petersburg und Paris herrschte ursprünglich über den „Sieg" großer Jubel, der aber recht bald abflaute, als nähere Nachrichten über den Vorgang eintrafen. Von den Japanern sind bis jetzt noch keine Meldungen über den Angriff veröffentlicht.

Nach einer heutigen Meldung sollen die Japaner schon wieder einen Angriff auf Port Arthur unternommen haben, der angeblich auch ohne Erfolg war.

Aus alledem geht soviel hervor, daß die Japaner entschlossen sind, mit aller Energie die Blockade von Port Arthur durchzuführen. —

Ueber die **Hinrichtung dreier japanischer Offiziere** in der Mandschurei wird berichtet: Drei als Kulis verkleidete Japaner wurden von der russischen Grenzwache gefangen genommen, als sie sich gerade anschickten, die Brücke über den Zungariuß in die Luft zu sprengen. Die Untersuchung ergab, daß es japanische Offiziere waren, nämlich Oberst Assai, Torpedo-Leutnant Zonki Aicha und Leutnant Kasurata, sämtlich vom Generalstabe. Sie wurden unverzüglich vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurteilt und innerhalb 24 Stunden nach ihrer Verhaftung an derselben Brücke aufgehängt, die sie in die Luft zu sprengen beabsichtigten.

* * *

Holland macht mobil. Wie das Handelsblad aus Batavia meldet, ist daselbst angesichts der Lage in Ostasien alles für eine unmittelbar bevorstehende Mobilisation bereit. Die Bewilligung der Urlaubsgesuche von Offizieren nach dem Auslande ist zurückgezogen worden.

Eine englische Stimme über den Krieg. Die liberale Westminster Gazette erörtert in einem längeren Artikel alle Hypothesen des Krieges und kommt zu dem Schluß, daß eine Niederlage Rußlands für England nicht wünschenswert sei. Die gegenwärtigen Niederlassungsverträge Rußlands würden damit in die Hände der Japaner übergehen, auf der anderen Seite würde sich dann Rußland in Zentralasien und Indien zu entschädigen suchen und das liegt nicht im Interesse Englands. Die Westminster Gazette glaubt, daß s. Zt. ein europäischer Kongreß die einzige Möglichkeit bilden werde, zu einer Regelung der ganzen ostasiatischen Frage zu gelangen.

Parteinachrichten.

— **Zur Kandidatur von Göhre** veröffentlichen das Zentral-Agitationskomitee für Sachsen und die Bezirks-Komitees zu Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau folgende Erklärung:

Nachdem sich die Komitees in einer gemeinschaftlichen Sitzung in Leipzig eingehend mit der Reichstagskandidatenfrage im 20. Kreise beschäftigt haben, erklären sie:

Die von den Genossen des 20. Kreises beschlossene Kandidatur Göhre widerspricht nach den bekannten Vorgängen mit dem Genossen Göhre allen Grundsätzen der Parteidisziplin und Parteitradition nach allen Richtungen hin. Sie ist deshalb im höchsten Grade geeignet, Zwist, Uneinigkeit in die Reihen nicht nur der sächsischen, sondern auch der deutschen Parteigenossen hineinzutragen. Ein Parteiskandal erscheint als nächste Folge, nach Lage der Sache als absolut sicher. Daß ein solcher aber das Ansehen unserer Partei außerordentlich schädigen würde, ist ohne weiteres klar; die einzige Möglichkeit, diese Dinge zu vermeiden, erblicken die Unterzeichneten in der Ablehnung der Kandidatur durch den Genossen Göhre. Sie rechnen daher bestimmt darauf, daß Genosse Göhre auf die ihm vom 20. Kreise angetragene Kandidatur verzichtet. Sollte er wider Erwarten zu diesem im Interesse der Gesamtpartei dringend gebotenen Schritte sich nicht veranlaßt fühlen, so werden die Unterzeichneten die weiteren Konsequenzen ihrer hier niedergelegten Anschauungen unter allen Umständen ziehen und diese Anschauungen auch in der Oeffentlichkeit vertreten.

Als Gegenkandidat Göhres ist seitens der Konservativen Bürgermeister Schanz-Olbernhau aufgestellt worden. —

— **Kein Sieg in Kassel.** Den erhofften Sieg haben die Stadtverordnetenwahlen unserer Partei nicht gebracht. Nach der Verkündigung des Wahlresultats durch den Wahlvorsteher erhielten Stimmen:

Unsere vier Genossen Thöne, Huhn, Weddig und Beckmann 1466—1441, die ersten vier bürgerlichen Kandidaten hatten 1437—1241, vier weitere bürgerliche 1091—673 Stimmen. Nach dem amtlichen Resultat haben indes Stimmen erhalten unsere Genossen 912—894, die ersten vier bürgerlichen Kandidaten 1084—1120, die vier weiteren 882—516 Stimmen. Gewählt haben 2718. Absolute Majorität 1360. Es hat demnach Stichwahl zwischen Franke, Höpner, Sunkel und Semmelrock und unseren Kandidaten stattzufinden. — Erwünscht wäre es, klarzustellen, welcher Unterschied zwischen dem „amtlichen" Resultat und der Verkündigung durch den Wahlvorsteher gemacht wird.

— **Die Bezeichnung „gewohnheitsmäßiger Ehrabschneider"** soll kein Grund für einen sozialdemokratischen Redakteur sein, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen. So entschied die Strafkammer des Dresdener Landgerichts auf die Ablehnung des Assessors Rotte in Meißen durch Genossen Riem. — Legen wir diese Entscheidung zu den übrigen von sächsischen Gerichten gefällten uns unverständlichen Urteilen.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, 26. Februar.

Vor dem hiesigen Kriegsgericht wurde gestern in ziemlich 8stündiger Sitzung verhandelt gegen den Oberleutnant v. Bila und den Vizefeldwebel Krause, beide von der 11. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 36. Schon vor der Bekanntgabe des Eröffnungsbeschlusses wurde die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen ausgeschlossen, und die Presse mußte den Saal räumen. Nachmittags gegen ½5 Uhr — so lange harrten die nicht beneidenswerten Preßvertreter vor der Tür — wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Der Verhandlungsleiter sprach die Worte: Oberleutnant v. Bila wird wegen Erstattung vorsätzlich falscher Meldung mit zwei Wochen Stubenarrest bestraft und der Vizefeldwebel Krause wird freigesprochen. Darauf erhob sich der Anklagevertreter und beantragte, auch die Urteilsbegründung in geheimer Sitzung zu geben. Das Gericht akzeptierte den Antrag und schloß wiederum wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen die Oeffentlichkeit aus. Darauf konnte die Presse mit ihrer „Ausbeute" wieder den Saal verlassen. — Denn, was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. — Bei der zur Anklage stehenden Sache soll es sich um falsche Eintragungen bei den Schießübungen handeln.

Gewerkschaftliches.

Sechster Verbandstag der Steinsetzer.

Zur Beratung steht Punkt „Unterstützungswesen, die Anträge auf vermehrtes Erscheinen des Fachorgans, Erhöhung der Streikunterstützung, Unterstützung Gemaßregelter, die wegen Beteiligung an der Maifeier gemaßregelt sind und endlich der Antrag, falls das Fachorgan wöchentlich erscheinen soll, die Frage zu diskutieren, einen vierten Beamten anzustellen".

Der Vorsitzende Knoll-Berlin begründet den vom Zentralvorstand gestellten Antrag betreffs Einführung von Krankenunterstützung. Die Abstimmung ergab, daß 50 Delegierte, die 3365 Mitglieder vertreten, für die Krankenunterstützung stimmen, 25 Delegierte, die 1578 Mitglieder vertreten, stimmen dagegen. Mit dieser Abstimmung sind alle Anträge über vermehrtes Erscheinen des Fachorgans, Erhöhung der Streikunterstützung, Unterstützung Ausgesperrter bei der Maifeier, gefallen. Eine Resolution spricht sich im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, die aber zur Zeit aus materiellen Gründen nicht durchführbar ist.

Das Sterbegeld wird auf 190, 75 und 60 Mark festgelegt und für männliche und weibliche Mitglieder gleich hoch bemessen, nachdem Wiesen-Hamburg den Antrag befürwortet hat.

Ein Antrag Knoll findet Annahme, nach dem Filialen, die genügend Lokalfonds haben, pro Mitglied und Woche 3 Mk. Unterstützung bei Streiks aus der Zentralkasse zahlen können. Verheiratete Mitglieder können für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. erhalten. Bei Angriffsstreiks kann vom ersten Tage an Unterstützung gezahlt werden. Bei Aussperrungen kann die Unterstützung auf zwei Drittel des Lohnes erhöht werden. Auf Antrag Hansen-Flensburg werden der Filiale Flensburg die Streikschulden erlassen

Auf Antrag des Verbandsvorsitzenden Knoll wird angenommen, die Streikunterstützung auch während des Winters zu zahlen, wenn das Wetter das Arbeiten gestattet. Ein Antrag des Hauptvorstandes, 80 Prozent der Einnahmen an die Hauptkasse abzuführen, wird abgelehnt. Beschlossen werden 75 Prozent. Die bisherigen zwei Beitragsarten werden verschmolzen. Die Wochenbeiträge betragen nunmehr: Bei einem Tagesverdienst von 4.50 Mk. 50 Pf. pro Woche. Bei 3 bis 4.50 Mk. 40 Pf. pro Woche, außerdem wird eine neue Beitragsklasse geschaffen von 30 Pf. pro Woche, für Mitglieder, deren Tagesverdienst 3 Mk. nicht übersteigt.

Weiter gelangt ein Antrag zur Annahme, wonach von Mitgliedern, die nicht in ihrer Heimatfiliale arbeiten, sofort in ihrem Heimatsorte Extrabeiträge für den lokalen Streikfonds erhoben werden, die diese an ihrem Heimatsort zu zahlen haben.

Arbeitslosenzählung. Bei der kürzlich in Braunschweig veranstalteten Arbeitslosenzählung wurden 1051 Arbeitslose gezählt. Wie sich die Arbeitslosigkeit ziffernmäßig auf die einzelnen Berufe und auf alle anderen mit dem Ergebnis zusammenhängenden Punkte verteilt, ist noch nicht festgestellt.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040227-14/fragment/page=0003

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Wegen Uebernahme eines bedeutenden Spezialfabrikates sehe ich mich in die Lage versetzt, mein grosses kurantes Lager bedeutend zu verkleinern. Aus diesem Grunde veranstalte ich einen

Räumungs-Ausverkauf.

Sämtliche Waren sind ganz bedeutend im Preise herabgesetzt!

Nehmen Sie diese Ihnen selten gebotene Kaufgelegenheit wahr!

Verwechseln Sie diesen reellen Ausverkauf nicht mit den sogenannten Schein-Ausverkäufen.

Goodyear Welt-Schuhwarenhaus

Leopold Sternberg Nachf. Anton Franz,

Grosse Ulrichstrasse 9, Parterre u. 1. Etage.

Verkauf nur gegen bar! **Keine Auswahlsendungen!**

Neu eingetroffen

in enormer Auswahl zu äußerst billigen Preisen

Konfirmanden-Anzüge in Cheviot, schwarz von 9 M. an.
Konfirmanden-Anzüge in Crêpe-Imperial, von 12 M. an.
Konfirmanden-Anzüge in Kammgarn, elegant, von 14 M. an.
Konfirmanden-Anzüge in Kammgarn, hochfein, von 16 M. an.
Herren-Jackett-Anzüge, das neueste der Saison, von 10 M. an.
Herren-Rock-Anzüge in Kammgarn, 1- u. 2reihig, von 16 M. an.
Eleg. Burschen- u. Knabenanzüge in all. Stoffen u. Facons v. 3 M. an.
Elegante Hosen in allen Größen und Stoffen von 3 M. an.

Lederhosen in all. Farb. v. M. 2— an		Arbeits-Jacketts	von M. 3 an
Schwere Lederhosen	„ 4.50 „	Westen, Leibhosen	„ 1 „
Manchesterhosen	„ 3.— „	Flanell- u. Kalmuckjacken	„ 3 „
Zwirn- u. Kasinetthosen	„ 1.50 „	Bergmanns-Jacken in Pilot.	

Monteur-Anzüge in Leinen und Pilot von M. 3 an.
Verkaufsstelle des Allgem. u. Giebichenst. Konsumvereins.

Marktplatz im Roten Turm. **Gustav Reinsch** gegenüber der Hirsch-Apotheke.

Dr. Thompson's Seifenpulver ist das beste.

Das meiste Geld

zahlt stets für ganze Nachlasse von Möbeln, Laden-, Kontor- u. Restaurations-Einrichtungen, sow. Geldschränke, Pianinos 2c.

Friedrich Peileke

Telephon 2450. Geiststraße 25.

Külsenfrüchte letzter Ernte.

Sämtlich garantiert gutkochend.

ff. Linsen	1 Pfd.	13 Pf.,	5 Pfd.	60 Pf.
ff. große Heller Linsen	1 „	16 „	5 „	75 „
ff. Nieren-Bohnen	1 „	16 „	5 „	75 „
ff. kleine weiße Bohnen	1 „	14 „	5 „	65 „
ff. Viktoria Erbsen	1 „	14 „	5 „	65 „
ff. grüne Erbsen	1 „	14 „	5 „	70 „
ff. geschälte Erbsen	1 „	18 „	5 „	85 „

Pa. Sauerkohl 1 Pfd. 5 Pf.

Louis Eisfeld, Gr. Ulrichstr. **No. 62.** Fernsprecher 885.

Empfehle täglich frische **Pfannkuchen u. Fortsfeltringel** mit Vanilleguß, desgl. frisch reiche Auswahl der **geschmackvollsten Kuchensorten u. Torten-Ausschnitte.**

Feinste geriebene Napfkuchen mit Vanilleguß. Feinste Berliner Napfkuchen von feinster Sahnenbutter.

Echt Koch'schen Mazkuchen, vanilliert.

Eine überraschende Auswahl **Desserts, Thee-, Butter-Gebäcke, Makronen, Haselnuß-, Schokoladen-Vanillezwieback.**

Jeden Sonntag von früh an: **frischen Speckkuchen.**

Karl Koch

Herrenstr. 1. Fernspr. 531.

In vorzüglichen Qualitäten empfiehlt nur selbstgefertigte Waren:

Flanell- und Bergmanns-Jacken, Lederhosen glatt u. gestreift mit u. ohne Latz, Normal-Anzüge in Pilot und Leinen, blaue Blusen und Schürzen, Unterhosen, gut genähte Barchenthemden.

W. A. Kyritz, Trödel 2, dirgt am Markt.

Fahrräder, neu. 74, 80, 90, 100 Mk., gebrauchte 20, 30, 40, 50 Mk., Laufdecken 4.50 b. 7.50 Mk., Luftschläuche 2.95 b. 4.00 Mk., Sattel 2.50, Pedale 2.50, Lenkstangen 4.00, Griffe 0.40, Lack 0.40, Glocken 0.25 bis 1.50, Ketten 2.40. Alles andere konkurrenzlos billig. **Reparaturen,** Emaillieren, Vernickeln werden den Verkaufspreisen entsprechend prompt und billigst ausgeführt

Leipziger Fahrrad-Haus,

Halle, Moritzkirchhof 10.

Alte Geigen und Cellos kauft **Renner,** Schülershof 1.

Eröffnungs-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten sowie meiner werten Nachbarschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Restaurant Turmstr. 156

übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.

Sonnabend und Sonntag **Familien-Abend.**

Achtungsvoll **Hemer,** früher „Salzquelle."

Tischgäste werden angenommen.

Karl Weinrichs Restaurant

Bölbergerweg 58.

Sonntag: **Großer Narrenabend.**

Für musikalische Unterhaltung sowie komische Vorträge ist gesorgt.

Narrenkappen gratis.

Es ladet freundlichst ein Der Obige.

Konsumverein für Merseburg u. Umgeg.

Wegen stattfindender **Inventur** ist das Geschäft in der Bagnerstraße Montag den 29. d. Mts. von mittags 12 Uhr an und Dienstag den 1. März geschlossen.

Der Vorstand.

Karnevals-Mützen.

Eigenes Fabrikat.

Billigst.

W. Schmeil

(früher Taubenstraße 4.) Halle a. S. Neue Jakobstraße 60 (am Steinweg).

Wurst- und Fleischwaren-Fabrik von

Ernst Hoinkis

Leipzigerstraße 15 Halle Fernruf 1038

empfiehlt täglich **frisch gekocht. Schinken, div. Braten, gekocht. Zunge,** alle Sorten feinster **Rouladen, Gänseleber-, Trüffel- und Sardellenleberwurst, ital. Salat, Weinsülze, Sülzkotelett,** sowie alle besseren **Wurst- und Fleischwaren.** Spezialität: **Feinster Aufschnitt, garnierte Schüsseln** in jeder Preislage, täglich **frische Wiener und Jauersche Würstchen, Breslauer Knoblauch-Wurst.**

Goldene Medaille. **Bruchleidenden** **Paris 1896.**

empfehle meine beliebten, Tag und Nacht tragbaren

Gürtelbruchbänder ohne Federn,

Leib- und Vorfallbinden, Geradehalter. Kein lästiger Druck wie bei Federbändern. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Für jeden Bruchschaden Extra-Anfertigung. Mein langjähriger erfahrener Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in **Halle Dienstag den 1. März 11—6 Uhr. Hotel Stadt Bernburg, Franckestraße.**

Bandagenfabrik L. Bogisch, Stuttgart, Ludwigstraße 75.

Kaufmannsden-Hüte!

Sie kaufen die schönsten Herren- & Knaben-Hüte am billigsten im Strassburger Hutbazar Leipzigerstr. 5

Ausverkauf wegen Aufgabe!

Ich nehme hiermit die gegen Frau **Alma Dittmar,** Gutenberg, gemachte Aussage zurück. **Karl Demant.**

100 gebr. Fahrräder, wenn auch entzwei, **kauft sofort.** Bestell. erb. **Renner,** Schülershof 1.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190402 27-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 49 — Halle a. S., Sonnabend den 27. Februar 1904. — 15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung. Donnerstag, 25. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf **Posadowsky**, Dr. **Nieberding**, Budde.

Das Gesetz über den Schutz von **Erfindungen, Mustern und Warenzeichen wird in dritter Lesung** debattelos angenommen.

Darauf wird die zweite Etatsberatung fortgesetzt beim Extraordinarium des Etats für die

Verwaltung der Eisenbahnen.

Für die Anlagen eines Rangierbahnhofes bei Straßburg beantragt die Budgetkommission 1 600 000 M. zu bewilligen, Abg. Schlumberger (natl.) und Genossen sowie die Regierungsvorlage fordern 2 Millionen Mark.

Bei Begründung dieses Antrages greift Abg. **Schlumberger** (natl.) den Berichterstatter **Bebel** (Soz.) persönlich an, wogegen sich dieser verwahrt.

Präsident Graf **Ballestrem**: Zu meinem großen Bedauern habe ich überhört, daß der Abg. Schlumberger den Referenten persönlich angegriffen hat. Der Referent soll nur objektiver Berichterstatter sein. Darum bitte ich aber auch, die Referenten nur als solche zu betrachten und nicht in ihrer sonstigen Stellung als Politiker. (Bravo!)

Der Kommissionsantrag wird angenommen, ebenso ein weiterer Antrag der Kommission, von der zur Erweiterung des Bahnhofs Kolmar geforderten fünften Rate von 1 500 000 Mark 300 000 M. zu streichen.

Der Rest des Extraordinariums wird hierauf bewilligt, ebenso debattelos die Einnahmen. Damit ist der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen erledigt.

Es folgt die zweite Lesung des **Justizetats.**

Dazu liegen sechs Resolutionen vor: eine auf Vorlegung eines Heimstättengesetzes, drei Resolutionen auf Regelung der Entschädigungspflicht für durch Automobile angerichtete Schäden, eine Resolution über Sicherung der Bauhandwerkerforderungen und eine Resolution über die Behandlung politischer Gefangener.

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß Abg. Gröber beantragt habe, die Resolutionen nach einander gesondert zu behandeln.

Abg. **Haase** (Soz.) beantragt, nach Erledigung der genannten Resolutionen auch die reichsgesetzliche Regelung des Fremdenrechts in Verbindung mit dem Königsberger Geheimbundprozeß gesondert zu beraten.

In der Abstimmung wird beschlossen, über sämtliche fünf genannten Materien nach einander gesondert zu debattieren.

Zur Begründung seiner Resolution auf Vorlegung eines

Heimstättengesetzes

ergreift das Wort

Abg. **v. Riepenhausen** (kons.): Drei Männer, Freiherr v. Heeremann, v. Bennigsen und der große Schweiger Moltke haben schon erkannt, wie wertvoll ein Stückchen Erde für den Menschen ist. Aber seit dem Reichstagsbeschluß vom 17. Februar 1892 sind wir auf diesem Gebiete leider wenig vorwärts gekommen. Ich verstehe diese Politik des Zauderns nicht. Eine Autorität sagt: „Wir wollen wieder ein deutsches Recht und ein gesundes Familienleben." Niemand wird die Berechtigung des Geheimrats Strauß von Torney bestreiten. (Lachen links.) Ihr Lachen irritiert mich nicht. Aus meiner Ruhe kann mich niemand bringen. Imponieren tut mir's erst recht nicht.

Präsident Graf **Ballestrem** bittet, keine Privatgespräche zu führen. (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Riepenhausen** (fortf.): Mancher Großgrundbesitzer wäre zufrieden, wenn er eine kleine gesicherte Heimstätte sein Eigen nennen würde (Gr. Heiterkeit) und aus den Lasten und Gefahren des Großgrundbesitzes herauskäme. Das Heimstättengesetz wird eine durch die französische Revolution zu Grabe getragene Macht, die der Familie, wieder aufrichten. Deutsch ist der Grundgedanke dieses Gesetzes. Ein Damm soll aufgerichtet werden gegen die Verschlingung des kleinen Grundbesitzers durch das beutelustige, bewegliche Kapital. Durch die Heimstättengesetzgebung werden die sozialen Gegensätze abgeschafft. (Widerspruch b. d. Soz.)

Da der Herr Präsident Privatgespräche nicht liebt (Heiterkeit), werde ich mich durch Ihre Zwischenrufe nicht irritieren lassen. Ihren Terrorismus kennen wir ja (Lautes Lachen b. d. Soz.), aber wir werden unser Hausrecht wahren (Stürmische Heiterkeit). Sie (zu den Sozialdemokraten) sind doch auch keine Uebermenschen (Stürmische Heiterkeit), auch nicht wenn Herr Gothein mitlacht (Langanhaltende Heiterkeit. Abg. Gothein ruft: Soll ich denn darüber weinen?). Gegenwärtig herrscht der Hunger nach einem Stückchen — Stückchen Stückchen Erde. (Heiterkeit. — Schriftführer Pauli-Potsdam (kons.) begibt sich von seinem Platz am Präsidialtisch zur Rednertribüne um zu erforschen, wieviel Aktenmaterial der Redner noch hat. Als er noch zahlreiche Aktenbündel sieht, ringt er verzweifelt die Hände (Große Heiterkeit). Redner kreuzt die Arme über der Brust und sagt: Heute werden die Städte mit dem Proletariat überfüllt, das führt der Sozialdemokratie neues Blut zu. Das Gesetz aber ist der Sieg über die Sitte (Große Heiterkeit). Redner verliest eine Broschüre.

Vizepräsident Graf **Stolberg** macht den Redner auf die Geschäftslage aufmerksam (Heiterkeit).

Abg. **v. Riepenhausen** (fortfahrend): Dann werde ich nicht mehr vorlesen, sondern referieren (Große Heiterkeit). Ibsen hat Recht: Der Starke ist am mächtigsten allein (Große Heiterkeit), aber es gibt doch mehr Schwache als Starke (ein Abgeordneter der Rechten ist so gelangweilt, daß er ein grünweißes Riesenplakat ausbreitet, dessen erste Worte lauten: Großes Extra-Militärkonzert!) Die Heimstätten arbeiten der Schichtenbildung entgegen. Die Schichtenbildungen führen zu gewitterhaften Spannungen, die will ich vermeiden (Heiterkeit). Jeder hat ein Recht auf eine Heimstätte, hier im Saale ist niemand ausgeschlossen (Heiterkeit). Die Heimstätte soll ein Ruhepunkt sein auch für die Lebensmüden (Erneute Heiterkeit). Je mehr Heimstätten, um so stärker ist die Regierung, um so sicherer die Monarchie! (Beifall rechts).

Staatssekretär Dr. **Nieberding** weist darauf hin, daß die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Zentralvereine Deutschlands der Bewegung für die Heimstättengesetzgebung ablehnend gegenüberständen. Die Regierung hat deshalb auch den früheren Beschlüssen des Reichstags keine Folge gegeben und meint, auch heute keinen Weg wählen zu dürfen, der nach ihrer Ueberzeugung doch erfolglos bleiben würde. Besser wäre es gewesen, wenn der Antragsteller seine Darlegungen beim preußischen Landwirtschaftsetat gemacht hätte.

Abg. **Gothein** (Freis. Vereinig.): Nach der Aufmerksamkeit zu urteilen, die die Ausführungen des Herrn v. Riepenhausen hier gefunden haben, ist das Interesse des Hauses an der Heimstätten-Gesetzgebung sehr gering. Vielleicht hat er im preußischen Abgeordnetenhause mehr Glück. (Heiterkeit.) Redner weist nach, daß der Großgrundbesitz, der im 16. und 17. Jahrhundert mit brutaler Gewalt und von keiner Regierung gehindert die Vergewaltigung der Bauern vollzog, Schuld an den traurigen Besitzverhältnissen auf dem platten Lande trüge. (Beifall links.)

Abg. **Pohl** (Freis. Volksp.): Die Tendenz des Heimstättengesetzes, die Exekutionen zu vereiteln, d. h. den Besitzern einen bestimmten Vermögensstand zu garantieren, ist kaum ein Vorteil für die ländlichen Besitzer, verstößt aber gegen Treu und Glauben. Für eine derartige Beschränkung des freien Eigentumsrechtes, wie sie in dem Gesetz liegt — eine Parzellierung der Heimstätten ist ausgeschlossen — sind meine Freunde nicht zu haben. (Bravo! links.)

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.) findet es unverständlich, wie man den Entwurf so heftig bekämpfen kann. Das Gesetz enthalte doch keinen Zwang, sondern nur die Möglichkeit für die Bauern, sich auf ihrem Grund und Boden zu halten. Wir wollen diese Möglichkeit dem kleinen Grundbesitzer geben, der die Grundlage der Volkswirtschaft bildet. Die Absicht, Fideikommisse zu bilden, liegt uns fern. (Beifall im Zentr.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Herr v. Riepenhausen hat in seiner langen Rede kein Jota von allen Einwürfen widerlegt, die in der Literatur und in der Presse gegen diesen utopischen, reaktionären und geradezu betrügerischen Heimstätten-Gesetzentwurf erhoben sind. (Unruhe rechts.) Meine Freunde bekämpfen diesen Gesetzentwurf, der die Großen und Mächtigen stärken und die Kleinen dem Kapital unterjochen will. Es ist ein Entwurf zur Fesselung der Kleinbauern an die Scholle und zur Beseitigung der Freizügigkeit. In dieser Tendenz reiht er sich würdig den mittelalterlichen Gesetzen an, die auch nichts weiter wollten, als den Bauer im Frondienst des Großgrundbesitzers zu erhalten. Was die Rentengutsgesetzgebung begonnen hat, soll jetzt die Heimstättengesetzgebung vollenden: die absolute Abhängigkeit des kleinen Bauern vom Großgrundbesitzer. Jeder Deutsche soll nach dem Gesetz nach Vollendung des 24. Lebensjahres das „Recht" haben, eine Heimstätte zu errichten, aber wer gibt ihm die Mittel dazu? (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Auch jede deutsche Jungfrau hat das Recht, nach Vollendung des 24. Lebensjahres einen Mann zu bekommen. (Gr. Heiterkeit.) Die Heimstätte soll die Größe eines Bauernhofes nicht überschreiten, d. h. sie darf nicht zu lang und nicht zu kurz, nicht zu groß und nicht zu klein sein. (Heiterkeit.) Etwas Schwammigeres kann es kaum geben. Hier treten die Herren für die Heimstätten ein, im Abgeordnetenhause aber jagen sie jeden von Haus und Hof, der polnischer Abstammung ist. Das ganze Gesetz zeigt ein solches Uebermaß von Dilettantismus, Kultur- und Arbeiterfeindlichkeit, daß ich Sie dringend bitten muß, den Entwurf abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. **Gamp** (Rpt.): Herr Stadthagen hat von betrügerischen Gesetzentwürfen gesprochen. Das war wohl nur eine von seinen gewohnten Entgleisungen. Herr Stadthagen interessiert sich so sehr für die nachgeborenen Kinder. (Heiterkeit.) In dem ganzen Entwurf ist von dem Erstgeburtsrecht nicht die Rede. Der Besitzer hat die Wahl, welchem Sohn er als Erben einsetzen will. Herrn Stadthagen würde ich sicher nicht einsetzen. (Heiterkeit.) — Wir werden für die Resolution stimmen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Stadthagen hat nicht den Antragstellern betrügerische Absicht vorgeworfen, sondern nur gesagt, das Gesetz sei geeignet betrügerisch zu wirken. (Sehr richtig! b. d. Sozd.)

Abg. Dr. **Wolff** (Südd. Bauernbd.) polemisiert gegen die Abgg. Gothein und Stadthagen. Die Sozialdemokratie habe sich wie hier so stets bauernfeindlich gezeigt.

Abg. **Stadthagen** (Sozd.): Diese Behauptung ist das Gegenteil der Wahrheit. Herr Gamp kann nicht wissen, was ich als Landwirt leisten würde, da er mir das wiederholt versprochene Gut noch nicht zur Verfügung gestellt hat. (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Freiherr **Heyl zu Herrnsheim** erklärt die Zustimmung der Mehrheit seiner Freunde zu dem Antrag Riepenhausen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution Riepenhausen wird hierauf gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Fortsetzung des Justizetats). Schluß 6½ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. Februar.

Die Niederlage Suchslands bei den Landtagswahlen haben verschuldet die — Feinde der Konsumvereine. Man traut seinen Augen kaum, wenn man diese Konstatierung liest. Der Bannerträger und eifrigste Preisfechter im Kampfe gegen die Konsumvereine, der Herausgeber einer besonderen Kampfesbroschüre bei den Landtagswahlen schmählich unterlegen durch die Schuld der Rabattsparvereinler, das ist ein Bild, wert, verewigt zu werden. Und doch ist es so. Kein anderer als Herr Suchsland selbst, hat diese Entdeckung gemacht. Am Mittwoch hat er sie den horchenden Mitgliedern des Konservativen Vereins schaudernd unterbreitet. Das, was bisher noch niemand gewußt, hat Suchsland herausgefunden: Der Wahlkampf hat unter der Parole Los von den Konsumvereinen gestanden. Wäre der Herr Titular-Professor auf dem politischen Gebiete nicht so völlig mit Blindheit geschlagen, dann hätte er diese Entdeckung in den tiefsten Tiefen seines Herzens verborgen gehalten. In der Tat ist es keiner einzigen Partei — und am wenigsten der konservativen —, eingefallen, das Schlagwort: Für oder gegen die Konsumvereine in die Landtagswahlbewegung zu werfen. Da haben die Epigonen der Itzenblitze und Köckeritze denn doch „höhere" Interessen. Nur der Hallesche Vertreter der Konservativen hat davon nichts gemerkt. Er rannte mit eingelegter Lanze wider den Drachen Konsumverein und wurde dabei ganz unsanft aus dem Sattel geworfen. Das war vorauszusehen, aber Suchsland will einen Sündenbock haben, und er hat ihn sich so zusammenkonstruiert: die Konsumvereinsfreunde sind vollzählig angetreten, während die berechtigten Bekämpfer der Konsumvereine, in der Hauptsache die Kaufleute und die Handwerker, ihrer Wahlpflicht überhaupt nicht oder wenigstens schlecht nachgekommen sind; daher die Niederlage der konservativen Partei. Also die Rabattsparvereinler sind daran schuld, wenn Herr Suchsland im preußischen Abgeordnetenhaus den Konsumvereinen nicht den Todesstoß versetzen kann. Diese verschrobene Logik könnte uns als unbeteiligte Dritte höchstens mit Befriedigung erfüllen, weil dadurch das Geschrei über die eminente Wirksamkeit der Rabattsparvereine ins rechte Licht gesetzt wird. Aber dem ist eben nicht so. Tatsache ist, daß die Rabattsparvereinler sich sogar sehr zahlreich an der Landtagswahl beteiligt haben, und ebenso unbestritten ist die weitere Tatsache, daß sie durch ihr Eintreten für die liberalen Wahlmänner und indem sie sich häufig sogar selbst als solche verwenden ließen, den Sieg der Herren Keil und Schmidt herbeigeführt haben. Dabei hat Suchslands Schlachtruf: Für oder gegen die Konsumvereine durchaus keine Rolle gespielt. Diese Legende gründlich zu zerstören, ist angesichts des politischen Hausiererganges des Herrn Titular-Professors Suchsland

---

Ein Freiheitskämpfer der Mandschurei.

Aus Port Arthur wird der Japan Weekly Mail von einer kleinen Kampagne erzählt, die den Russen über ein Jahr lang sehr zu schaffen machte. Sie richtete sich nach der Freis. Ztg. gegen eine Bande mandschurischer Räuber, deren Heldentaten an einige Ereignisse des südafrikanischen Krieges erinnern. Tulensan, das Haupt der Bande, ist der „De Wet der Mandschurei" genannt worden wegen seiner Gerissenheit, und er scheint auch wirklich den Namen verdient zu haben. Er haßt die Russen glühend und hat sie während zweier Jahre auf alle Art beunruhigt, so viel es ihm nur möglich war. Da er noch immer in Freiheit ist, so wird er wahrscheinlich der russischen Armee während des jetzigen Krieges ein Pfahl im Fleisch sein.

Als die Russen die Jagd auf Tulensan begannen, war er in dem Liaodistrikt, nicht weit von Mukden, an der Spitze von 600 Mann, die vollständig diszipliniert und auf guten Pferden beritten waren. Leutnant Konshina wurde mit Streitkräften entsandt und beauftragt, den Räuberhauptmann zu umzingeln; aber Tulensan entwischte durch eine Lücke zwischen dem rechten Flügel der Russen und dem Liaofluß. Eine fliegende Kolonne wurde unter einem Kornet zur Verfolgung gesandt, der ihn schließlich im Dorf Swachontu stellte. Es entspann sich ein Gefecht; aber es gelang den Räubern mit dem Verlust von nur einigen Mann davonzukommen. Schlimmer erging es ihnen bei dem nächsten Zusammentreffen, wo sie 25 Tote, viele Pferde und eine große Menge Munition verloren; aber trotz des Umstandes, daß das Dorf, in dem sie angegriffen wurden, von Sümpfen umgeben war, die bis dahin für unpassierbar gegolten hatten, entkamen Tulensan und die Mehrzahl seiner Anhänger wiederum. Nach dieser Niederlage floh Tulensan in die Mongolei, erschien aber im Oktober des vergangenen Jahres wiederum mit einer neuen Schar von 300 Mann in Apshanchjuan an der chinesischen östlichen Bahn zwischen den Flüssen Tainzikhe, Kliunkhe und Liao. Einer von Tulensans Hauptleuten war der berühmte russische Renegat Fulenhoy, der aus der Strafkolonie Sachalin entsprungen war. Als dieser in Apshanchjuan zu Tulensan stieß, hatte er 500 gut berittene Leute unter sich. Sowie die Russen Nachrichten über den Aufenthaltsort Tulensans erhielten, wurde eine starke Streitmacht gegen ihn entsandt. Sie bestand aus der 7. Sotnje, zwei Kompagnien der 4. Brigade, einem Kavalleriekommando und vier Kanonen unter dem Oberbefehl des Kapitäns Trotsky vom Generalstab. Das Ziel der Expedition war, die Räuber zu umzingeln und sie daran zu hindern, in die Mongolei zu dringen. Es mißlang ihnen, denn obgleich die Russen glaubten, daß sie alle Furten am Liao besetzt hatten, fanden Tulensan und seine Leute eine Furt, die nicht bewacht war und zogen in die Mongolei, während die russischen Truppen ihnen auf den Fersen waren. Die Räuber wurden in dem kleinen Dorf eingeholt, und nach russischen Berichten fand ein verzweifelter Kampf statt, wobei 178 der Banditen getötet, 200 verwundet und 250 Pferde und eine Anzahl Waffen erbeutet wurden. Fulenhoy wurde getötet, aber Tulensan und der Rest seines Heeres von 900 Mann entkamen. Das russische Heer wurde dann vermutlich im Hinblick auf die drohende Lage mit Japan zurückgerufen. Jedenfalls hatte dieser Feldzug ein Ende und Tulensan wird vermutlich wieder bald von sich hören lassen.

Von russischer Seite wird jetzt behauptet, daß die Japaner die Chunchusen, wie die Räuberbanden der Mandschurei genannt werden, aufwiegeln, damit sie die mandschurische Bahn angreifen. Seit undenklichen Zeiten sind die Chunchusen die Geißel der Mandschurei gewesen. In den fernen Tagen, als die Chinesen sich in dem Lande ansiedelten, waren manche der Einwanderer Geächtete und Verbrecher schlimmster Art. Diese Desperados rotteten sich in Räuberbanden zusammen, und da ihre Zahl durch gleichgesinnte Geister unter den Mandschus wuchs, wurden sie ein mächtiger Bund; sie nannten sich selbst „Hunhulze" (Die Rotbärte). Sie nahmen als Zeichen eine rote Fahne mit ihrem kurzen Wahlspruch: „Rache". Dieser Bund ist heute noch ebenso wirksam wie früher; er fürchtet weder Chinas noch Rußlands Macht. Während des Baus der mandschurischen Eisenbahn machten sie von Zeit zu Zeit Angriffe auf die russischen Posten, erschlugen Kosaken und plünderten die Dörfer. Die Schnelligkeit und Ausdauer der Chunchusenpferde ist sprichwörtlich: sie überholen mit Leichtigkeit die berittenen Kosaken, während der chinesische Soldat unweigerlich Fersengeld gibt, wenn die Rotbärte ihm auf dem Nacken sind. Als Beispiel ihrer Verwegenheit mag folgendes dienen: Die Chunchusen haben ein Versicherungsbureau in New-chwang errichtet und einen Zoll von den Kaufleuten erhoben, die im Innern der Mandschurei Handel treiben wollen. Jeder Handelsmann, der so versichert war, wurde mit einer Fahne versehen, die er vorn an seinem Wagen anbrachte, und mit diesem schützenden Symbol reiste er im Lande, sicher, nicht von den Räubern belästigt zu werden, die das ganze Land terrorisierten.

Kater Lampe, unseres leider zu früh verstorbenen Genossen **Rosenow** Komödie, ist am Sonnabend im fürstlichen Theater zu **Gera** aufgeführt worden. Unser dortiges Parteiorgan, die Reußische Tribüne sagt in seiner eingehenden Besprechung: „Das Stück ist zwar etwas possenhaft zugeschnitten, läßt uns aber zugleich einen Blick in das Elend der erzgebirgischen Hausindustrie werfen und beleuchtet mit beißendem Sarkasmus die Schäden der modernen Produktionsweise und die Schwächen der Organe, die heute in Staat und Gemeinde für „Ordnung" zu sorgen haben. Die Aufführung war sorgsam vorbereitet und das Stück gefiel. Es wurde viel gelacht bei den burlesken Szenen und nach jedem Akte lebhaft applaudiert."

Der rote Konsul. Der in Berlin erfolgte Tod des gelehrigen **Schimpansen** Konsul erregt in England großes Aufsehen. Der Affe interessierte nicht nur das gewöhnliche Publikum, sondern auch die Gelehrten, und man hatte gehofft, daß er in seiner Menschenähnlichkeit immer noch weitere Fortschritte machen werde. Er hatte seinen eigenen Leibarzt, Dr. Scott, der stets mit ihm reiste, ihn aber nicht vor den Folgen einer heftigen Bronchitis zu schützen vermochte. Der Wert des Affen, der den Namen Konsul trug, wird auf 25 000 Pfund Sterling berechnet. Sein wirklicher Wert soll jedoch ein weit höherer gewesen sein, denn in London sicherte er seinem Besitzer eine Einnahme von 200 bis 300 Pfd. Sterling wöchentlich. Sein Leben war für 20 000 Pfund Sterling versichert. Konsul wird einbalsamiert und nach Paris gebracht werden. Sein Besitzer, der bekannte „Tierkönig" Mr. Bostock, erzählt eine amüsante Geschichte von der Reise des Affen von Newyork nach Bremen. Konsul war der Liebling der Salonpassagiere, die sich viel mit ihm beschäftigten, erregte aber bei einem Herrn der Reisegesellschaft den größten Anstoß. Es war dies ein französischer Konsul, der den Kapitän aufforderte, daß dieser den Passagieren verbieten sollte, den Affen „Konsul" zu nennen. Der Kapitän erklärte, dazu keine Machtvollkommenheit zu haben, und so behielt das Schiff seine beiden Konsuln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040227-14/fragment/page=0005

eine zwingende Notwendigkeit, weil durch sie auch dargetan wird, daß der Rabattsparverein im wirtschaftlichen Leben Halles eine recht geringe Rolle spielt. Herr Suckeland als Führer einer solchen Bewegung vervollständigt lediglich den Wirrwarr, der im Lager der Feinde der Konsumvereine herrscht.

Ueber die Böllberger Mühle und die Arbeiterschaft

bringt die Müllerzeitung, das Organ der organisierten Müller, einen längeren Artikel, der die Frage der Stellung der Arbeiterschaft zu der obenerwähnten Firma aufs neue aufrüttelt. Die Müllerzeitung schreibt:

Unseren älteren Mitgliedern wird bekannt sein, daß wir vor einigen Jahren einen schweren Kampf zu bestehen hatten, weil dort die Verbandsmitglieder entlassen wurden, die weiter nichts getan hatten, als für ihren Verband zu agitieren. Dieses „Vergehen" der Kollegen wurde damals mit der härtesten Strafe bestraft, die ein Unternehmer verhängen kann. Unsere Organisation war damals noch klein und hilflos, so daß die Halleschen Parteigenossen uns in dankenswerter Weise beisprangen und mit uns den Boykott über die Produkte dieser Mühle verhängten.

Leider konnte nach der damaligen Lage der Dinge der Boykott der Mühle nicht so wirksam durchgeführt werden, als dies im Interesse der Bewegung notwendig war. Unsere Halleschen Parteigenossen haben schwere Opfer in Ausführung des damals verhängten Boykotts bringen müssen. (Die Strafen, die über die Redakteure des Volksblattes damals verhängt wurden, beliefen sich auf über zwanzig Monate Gefängnis. Die Red.) Wir mußten uns bescheiden, hielten aber mit der Erstarkung unseres Verbandes die Böllberger Mühle stetig im Auge. Wir mußten das schon im Interesse der Selbsterhaltung unserer mitteldeutschen Zahlstellen tun, denn diese Mühle zahlt als Großbetrieb mit die schäbigsten Löhne in Mitteldeutschland, der große Wurzener Mühlenbetrieb, vormals Krietsch, höchstens steht auf diesem Gebiet ihr gleich. Dazu kommt, daß dieser Großbetrieb infolge einer nicht klaren Auslegung über das, was unregelmäßige Wasserkraft ist, für 26 Sonntage im Jahre die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit hat und auch ausnützt, so den anderen Mühlen als Großbetrieb ein schlechtes Beispiel gebend. Die von uns der Mühle in den Weg gelegten Absatzschwierigkeiten, besonders bei den Konsumvereinen, mochten aber doch im vergangenen Frühjahr der Mühle und ihren Vertretern fühlbar werden. Sie schrieb im Mai vorigen Jahres an einen Konsumverein folgenden Brief:

„Unser Vertreter . . . schreibt uns, daß nach Mitteilung der . . . in der kürzlich in . . . abgehaltenen Versammlung der Konsumvereinsleiter beschlossen worden sei, Mehlkäufe für die Konsumvereine bei den Mitgliedern des Verbandes deutscher Müller fernerhin nicht mehr zu machen, weil letztere ihren Arbeitern verboten hätten, den Fachorganisationen als Mitglieder beizutreten und wäre bei dieser Gelegenheit unsere Firma in erster Linie erwähnt worden. Definitiver Beschluß würde geeigentlich der vom . . . bis . . . in . . . stattfindenden Verhandlungen gefaßt werden.

Wir erklären hierzu, daß wir weder Mitglied des Verbandes deutscher Müller sind, noch jemals unseren Arbeitern verboten haben, den Fach-Organisationen als Mitglieder beizutreten und ersuchen wir Sie höfl. von dieser Erklärung geeigneten Gebrauch machen zu wollen. Wir schätzen es uns zur Ehre, auch ferner Ihre Aufträge in Empfang nehmen zu dürfen und empfehlen uns mit

vorzüglicher Hochachtung
Hildebrandtsche Mühlenwerke, A.-G.
gez. Hildebrandt. gez. Leisler."

So das Schreiben. Man bewundere an diesem die Schlauheit, den Kampf gegen die, erbärmliche Löhne zahlende, sonntagsschändende, unsere Kollegen maßregelnde Böllberger Mühle zu einem Kampfe gegen den deutschen Müllerverband zu stempeln um so hinter der Allgemeinheit sich verkriechen zu können. Wir haben gegen den Verband der deutschen Mühlenbesitzer als solchen nie angekämpft, das Recht, uns zu organisieren, welches wir für unsere Kollegen beanspruchen, steht selbstverständlich auch unsern Unternehmern zu. Nur allein über das Verfahren der Böllberger Mühle war den Konsumvereinen Mitteilung geworden und wir sind geradezu erstaunt über die — nun, sagen wir Freiheit, die die Böllberger Mühle sich herausnahm, den Verband deutscher Müller in den Kampf hineinziehen zu wollen.

Dieselbe Direktion, die im Frühjahr dieses Jahres erklärte, daß sie gegen die Angehörigkeit ihrer Arbeiter zur Fachorganisation nichts einzuwenden habe, warf vor kurzem je ein Mitglied unseres und des Transportarbeiter-Verbandes auf die Straße, weil sie für ihre Organisation agitiert hätten! (Im Volksblatte darüber berichtet. Red. d. V.) Was bezweckt die Firma damit? Will sie aller Welt und besonders der Arbeiterschaft zeigen, daß zwischen ihren Worten und Taten ein himmelweiter Unterschied ist? Glaubt sie, unser hinausgeworfenes Mitglied zu schädigen? Da ist sie schief gewickelt! Der Herausgeworfene kräftigt zunächst als Privatier einige Zeit seine durch die Schufterei in der Böllberger Mühle sehr angegriffene Gesundheit auf unsere Kosten! Das tut ihm not und wohl. Oder wollte die Firma uns herausfordern und zu Schritten veranlassen, die ihr bei ihren vollen Mehlspeichern recht lieb gewesen wäre? Wenn sie das glaubt, ist sie noch mehr auf dem Holzwege. Vergolten wird ihr die Maßregelung, das ist so sicher, wie das Amen in der Kirche. Das Kampffeld und den Zeitpunkt des Kampfes aber bestimmen wir und nicht die Direktion.

Die Müller-Zeitung ersucht schließlich dringend die Konsumverwaltungen, der Böllberger Mühle Aufträge nicht mehr zu erteilen, ein Ersuchen, das wir nur unterstützen können, da Arbeiter-Konsumvereine die Verpflichtung haben, gewerkschaftlich kämpfende Arbeiter in jeder Weise zu unterstützen. Soweit wir unterrichtet sind, bezieht in Halle nur der Beamten-Konsumverein Produkte der Böllberger Mühle; es kann sich für die Organisierten Müller also lediglich darum handeln, auszukundschaften, inwieweit die anderen zahlreichen, im Regierungsbezirk Merseburg bestehenden Konsumvereine zu den Kunden der Böllberger Mühle zählen.

Das Betreten von Grubenbruchfeldern ist strafbar.

Der Arbeiter Hupfe aus der Gegend von Halle war nach dem Verlassen der Grube v. d. Heydt über ein Bruchfeld derselben gegangen. Dadurch sollte er die Bestimmung der Bergpolizei-Verordnung übertreten haben, welche das „Eindringen in die Umfriedigung" eines Gruben-Bruchfeldes mit Strafe bedroht. Das Landgericht zu Halle als Berufungsinstanz verurteilte ihn deshalb auch zu einer Geldstrafe und führte aus: Es sei dem Angeklagten nicht zu glauben, daß er unbewußt durch eine Lücke in der Umfriedigung des Bruchfeldes, wo auch eine Warnungstafel gefehlt habe, geschritten sei. Unter Berücksichtigung von Zeugenaussagen müsse angenommen werden, daß an der Stelle, wo er das Bruchfeld betrat, wohl eine Umfriedigung vorhanden gewesen sei. Im übrigen habe Angeklagter, selbst wenn seine Behauptung richtig wäre, doch sofort merken müssen, daß er sich auf einem Bruchfelde befand, und er hätte nicht weiter gehen dürfen. Auch so wäre er strafbar. — Angeklagter legte Revision ein und machte geltend, das Betreten eines Planes ohne Umfriedigung, von dem man annehmen müsse, es sei ein Grubenbruchfeld, sei nach der Bergpolizei-Verordnung nicht strafbar; es könne noch nicht als ein Eindringen in die Einfriedigung eines Bruchfeldes gelten, wenn man durch eine Lücke der Einfriedigung das Feld betrete.

Der Oberstaatsanwalt vom Kammergericht entgegnete darauf, daß jedes Betreten eines Grubenbruchfeldes zugleich ein Eindringen in die Einfriedigung darstelle, so daß es ganz gleichgiltig wäre, ob Angeklagter durch eine Lücke geschritten oder über die Einfriedigung gestiegen sei.

Das Kammergericht verwarf gestern die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Die Bergpolizei-Verordnung sei ja nicht besonders glücklich gefaßt. Sie unterscheide zwischen einem Betreten eines Grubenbruchfeldes und einem Eindringen in die Einfriedigung, so daß man hier die sonst selbstverständliche begriffliche Gleichstellung beider Geschäfte nicht gelten lassen könne. Immerhin sei die Vorentscheidung aufrecht zu erhalten, denn in erster Linie habe doch das Landgericht Halle festgestellt, daß Angeklagter in die Einfriedigung eingedrungen sei. Und dann erst habe das Landgericht die Eventualfeststellung von dem Betreten durch eine Lücke als ebenfalls strafbar im Sinne der angezogenen Vorschrift gelten lassen wollen. Die erste Feststellung trage das Urteil, denn durch die Eventualfeststellung werde sie nicht berührt.

Tagesordnung für die Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 29. Februar 1904, nachm. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Festsetzung des Kämmerei-Haushaltsplanes für 1904.
   a) Kapitel I Uebersichte.
   b) " IV Gemeindeanstalten.
   c) " V Kapitalien- u. Schuldenverwaltung.
   d) " IX Kirchenwesen.
   e) " X. H Sonstige Schullasten.
   f) " XII Feuerlöschwesen.
   g) " XIII Bauwesen.
   h) " XVIII Gemeindeabgaben.
   i) " XIX Zusgemein.
2. Haushaltsplan der Assessor Müller-Stiftung für 1904.
3. Haushaltsplan der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen für 1904.
4. Haushaltsplan des Stadttheaters für 1904.
5. Haushaltsplan betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der städtischen Beamten für 1904.
6. Ergänzungswahl für 2 Kommissionen.
7. Abänderung des § 6 der Geschäftsordnung.
8. Ankauf zweier Ackerpläne in der Gemarkung Nietleben.
9. Festsetzung des Gehalts und der Anstellungsbedingungen für zwei Stadtbauräte.
10. Ausbau der zwischen Freiimfelder- und Landsbergerstraße projektierten Straße C.
11. Uebernahme von Handwerkskammerbeiträgen auf die Stadtkasse.
12. Festsetzung der Kanalanschlußgebühren für die Hafenstr.
13. Mittelbewilligung zur Beleuchtung der Treppe an der Universität.
14. Fluchtlinienfestsetzung für die Burgstraße.
15. Fluchtlinienfestsetzung für die Reilstraße zwischen Leopoldstraße und Angerweg.
16. Petition, betr. die Vorgartentiefe auf der Ostseite der Reilstraße zwischen Zietenstraße und Angerweg.
17. Landerwerb vom Grundstück Weidenplan Nr. 23.
18. Erwerb des vom Grundstück Taubenstraße Nr. 15 zur Gummergasse fluchtlinienmäßig entfallenden Landes.
19. Reparatur der Fahrbahn der Kröllwitzer Brücke.
20. Nachbewilligung von Mitteln zum Neubau der Mittelschule in der Torstraße.
21. Genehmigung baulicher Veränderungen im Grundstück Martinsberg Nr. 1.
22. Nachbewilligung für den Schlachthof.
23. Nachbewilligung für den Viehhof.
24. Nachbewilligung für Kapitel II, C I, 6 des laufenden Haushaltsplanes, Beschaffung rc. der Glüh- und Bogenlampen im Ratskeller.
25. Abänderung des Tarifs für Benutzung des Krankentransportwagens.
26. Finalabschluß über Kapitel XIII, Bauwesen, für 1902 und Nachbewilligung.
27. Entlastung der Rechnung der Sparkasse für 1901.
28. Nachweisung der anhängigen Prozesse.
29. Petition, betr. das Grundstück Ritterstraße Nr. 17.
30. Petition, betr. den Ausbau von Teilen der Streiber- und Beyschlagstraße.

Geschlossene Sitzung.

31. Anstellung eines Polizei-Kommissars.
32. Anstellung eines Bureau-Assistenten.
33. Anstellung eines Desinfektors.
34. Anstellung zweier Polizei-Sergeanten. 2. Lesung.
35. Anstellung eines Polizei-Sergeanten. 1. Lesung.
36. Pensionierung eines Oberlehrers.
37. Wahl eines Schiedsmanns-Stellvertreters für den 8. Schiedsmannsbezirk.
38. Desgleichen für den 24. Schiedsmannsbezirk.
39. Wahl von Schiedsmännern und Schiedsmanns-Stellvertretern für den 1.—7., 9.—11. und 14.—27. Schiedsmannsbezirk.
40. Wahl eines Vorstehenden für den 22. Armenbezirk.
41. Annahme eines Legates.
42. Annahme eines Legates.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
W. Dittenberger.

* **Gemeinderatswahl.** Auf die am nächsten Sonntag nachmittags 3 Uhr stattfindende Versammlung im Letzten Dreier, die sich mit den Gemeinderatswahlen beschäftigt und in welcher Genosse Florin-Berlin referiert, sein hauptsächlich die Genossen von Ammendorf, Radewell und Osendorf aufmerksam gemacht.

* **Die Kochkiste.** Auf eine Einrichtung wird gegenwärtig in der Parteipresse hingewiesen. Mit Hilfe der Kochkiste ist es der Frau möglich, das Essen ihrem Manne schon stundenlang vor der Mittagsstunde zu bringen, ohne daß es während der Zeit erkalte. Vielmehr kann man, wenn es heiß in die Kiste hineingesetzt ward, es dampfheiß herausnehmen und genießen. Zum mindestens könnte sich die Frau eine ihr bequeme Stunde für das Essenhintragen aussuchen und mittags für die Kinder, die aus der Schule kommen, zu Hause sein. Ja, es wird sogar für möglich erklärt, daß der Mann das Essen, das vielleicht schon abends vorher vorbereitet und morgens während einer halben Stunde gekocht werde, in der Kochkiste mitnehme, in der es dann bis Mittag fertig gar werde. Natürlich gilt das am ehesten von allen Speisen, die durch tüchtiges Aufquellen erst eigentlich genießbar werden. Aus Elberfeld ward kürzlich mitgeteilt, daß daselbst die Kochkiste in Fabriken schon eingeführt sei. Und soeben versendet die Geraer Holzwarenfabrik Robert Lindner, Gera (Reuß) einen Prospekt, der die Verwendbarkeit der von ihr hergestellten Kochkisten ausführlich schildert. Wer auf den Apparat reflektiert, möge sich von der Fabrik den Prospekt schicken lassen. Transportable Kochkisten für Eisenbahnbeamte, Berg- und Hüttenarbeiter rc., welche mittags ihre Wohnung nicht aufsuchen können, werden von der Fabrik für 6,75 bis 7,50 M. geliefert.

Wenn man davon überzeugt ist, daß vielen Frauen und Männern gerade der arbeitenden Klasse dadurch eine große Annehmlichkeit geboten würde, so fühlt man sich veranlaßt, auf den Wert der Kochkiste hinzuweisen.

* **Abgelehnt** haben den Ruf an die Universität Halle der Professor der Psychiatrie in Freiburg, Hoche, und der Direktor der Frauenklinik in Breslau, Küstner.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Wie schon gestern mitgeteilt, mußte die Armide-Aufführung, infolge Erkrankung des Frl. Stoll auf nächste Woche verlegt werden. Dieselbe findet am Mittwoch, den 2. März, statt; Freitag wird Louise gegeben. — Die Fest-Vorstellung am Sonnabend beginnt um 7 Uhr abends. — Am Sonntag nachmittags 3½ Uhr wird Beyerleins Drama Zapfenstreich zum 14. Male in Szene gehen; es gelten ermäßigte Preise, abends 7¼ Uhr findet eine Doppel-Vorstellung statt, in welcher die Oper Martha und das Ballett Weingeister zur Aufführung gelangen.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Sonnabend 8. Wiederholung von Familie Schierke. Für Sonntag sind wiederum 2 Vorstellungen vorgesehen und zwar wird nachmittags 4 Uhr als **Volksvorstellung** zu 60, 40, 20 Pf. ein **Bunter Abend** gegeben mit den vier Einaktern Marienfäden (Schauspiel von Max Peyoldt). Was tut man da (Lustspiel von Charlotte Valère), Ninette im Schnee (Komödie von Gustav Kritscher) und Aus einer kleinen Garnison (Schwank von Moser), während am Abend Benno Jacobsens einaktige Novität Frauen von heute zum ersten Male in Szene geht.

Aus den Nachbarkreisen.

Sangerhausen. Daß Lehrer einem sozialdemokratisch geleiteten Konsumverein nicht angehören dürfen, ist selbstverständlich. So schreibt die Sangerhauser Zeitung bei der Besprechung des Magdeburger Konsumvereins-Verbots für die Lehrer, von dem wir vor drei Tagen unseren Lesern Nachricht gaben. Dieser Ansicht möchten wir nur die Aeußerung des Stadtrichs Klinkhardt in Magdeburg entgegenhalten, der bei der Petition des Wirtschaftlichen Schutzverbandes, den Beamten möchte die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen untersagt werden, sich ohne Umschweife dahin erklärte, daß sich die Behörden nicht darum zu kümmern hätten, wo die Beamten ihre leiblichen und geistigen Bedürfnisse befriedigten. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte es damals einstimmig ab, ein solches Verbot zu erlassen. Das neueste Verbot an die Lehrer geht vom Ministerium aus, das sich der Wünsche des Wirtschaftlichen Schutzverbandes angenommen hat.

Im übrigen berührt die Anstrengung der Behörden die Existenz des Vereins nicht im geringsten. Der Verein wird lediglich gegen einige Zeitungen klagbar vorgehen, die behaupteten, daß die Ueberschüsse des Vereins sozialdemokratischen Parteizwecken dienen. Jede Verleumdung kann sich natürlich der Verein nicht gefallen lassen.

Zeitz. Zum Kinderschutzgesetz. Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung:

„Um denjenigen Gewerbetreibenden, welche bisher Kinder mit dem Austragen von Waren in den frühen Morgenstunden beschäftigt haben, an deren Stelle die für anderweitige Beschaffung von erwachsenen gewerblichen Arbeitern erforderliche Zeit zu gewähren, wird auf Grund des § 8 des Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 nach Anhörung der Aufsichtsbehörde der hiesigen Volksschulen für das erste Jahr nach dem Inkrafttreten des genannten Gesetzes — also für die Zeit bis zum 31. Dezember 1904 — hiermit gestattet, daß die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahre mit dem Austragen von Waren von sechseinhalb (½7) Uhr morgens an und vor dem Vormittagsunterricht stattfindet. Die Beschäftigung darf jedoch vor dem Vormittagsunterricht nicht länger als eine Stunde dauern.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitgeber in Gemäßheit der §§ 10, 11 l. c. von der Beschäftigung von Kindern Anzeige zu erstatten und um Ausstellung einer Arbeitskarte nachzusuchen hat."

Besser wäre es schon gewesen, Behörde und Schulbehörde hätten überhaupt nicht gestattet, daß Kinder noch beschäftigt werden, besonders früh, wo dieselben zum Schulunterricht gerüstet sein sollen. Ersatz für das Austragen der Backwaren hätte sich sehr leicht gefunden. Es steht nun aber fest, daß das Austragen von Backwaren durch Kinder über zwölf Jahren nur noch bis 31. Dezember dieses Jahres in der Zeit von ½7 bis ½8 Uhr morgens gestattet ist. Möge jedermann darauf achten, daß bei ihm Kinder nicht vor ½7 Uhr kommen dürfen, denn es giebt leider immer noch Leute, die ohne Ausbeutung der Kinder nicht bestehen wollen. Kinder unter 12 Jahren dürfen überhaupt nicht mehr beschäftigt werden.

Zeitz. (Eig. Ber.) Theater in der Zentralhalle. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, wird am Sonntag Nachmittag das Drama Zapfenstreich gegeben. Hierzu können auch die Besucher aus der Umgegend kommen, die dann abends wieder nach Hause fahren. Sonntag abend gelangt zur Aufführung die Operette Fatinitza und Montag abend bei ermäßigten Preisen Die Jungfrau von Orleans.

— **Feuer.** Am Mittwoch Abend entstand im Hause Neumarkt 38 in der Wohnung des Kesselschmieds Eichhorn ein kleiner Brand, der in einer Kammer unter alten Kleidungsstücken ausgekommen war. Da sofort Hilfe zur Hand war, konnte der Brand schnell gelöscht werden, doch war auch die Feuerwehr mit einem Hydranten gleich zur Stelle. Auch in einem Hause in der Ulrichstraße verbrannten vor einigen Tagen in einer Stube Kleidungsstücke, doch wurde auch hier von den Einwohnern das Feuer gelöscht, sodaß weitere Hilfe nicht gebraucht wurde. In beiden Fällen wird uns aber versichert, daß der neue telegraphische Apparat zur Herbeirufung der Feuerwehren vortrefflich funktioniert, so daß, wenn es nötig ist, die Feuerwehr in sehr kurzer Zeit nach der Alarmierung zur Stelle sein kann. Wünschen wir, daß sie nicht in Funktion zu treten braucht.

Theißen. Am Sonntag nachmittag um 3 Uhr findet im Gesellschaftszimmer in Eulenau im Herzogschen Gasthof eine Versammlung zur Gründung eines sozialdemokratischen Vereins statt. Referent Genosse A. Leopoldt aus Zeitz. Die Genossen von Theißen, Döbris, Bröditz und Umgegend werden ersucht, doch zahlreich zu erscheinen, es muß doch jedem Arbeiter dieser Orte daran liegen, in der politischen Organisation unseres Wahlkreises wieder die Stellung einzunehmen, die Theißen und Umgegend seiner Arbeiterzahl nach zukommt. Seid also alle auf dem Posten, Arbeiter, keiner fehle. Auch bei uns muß es wieder heißen: Immer Vorwärts!

Zangenberg. (Eig. Ber.) Nicht bestätigt. Vor kurzem waren hier zwei Parteigenossen in den Schulvorstand gewählt worden, von der Regierung aber nicht bestätigt worden. Am Mittwoch fand nun eine neue Gemeinde-Versammlung statt und da gab der Pfarrer ohne weiteres zu, daß gegen die Gewählten nichts weiter vorliege, als daß sie — Sozialdemokraten seien. Die Versammlung wählte darauf in der Neuwahl die abgelehnten Genossen wieder, worauf der Pfarrer erklärte, daß nun die Regierung selbst Leute in den Schulvorstand bestimmen werde. So wird's auch wohl kommen, aber wissen möchten wir doch, durch wen der Regierung mitgeteilt wurde, daß die Gewählten Parteigenossen sind, denn so allwissend ist doch die Regierung nicht, daß sie die politische Zugehörigkeit jedes Einwohners kennt.

Merseburg. (Eig. Ber.) Eine zweckmäßige Einrichtung hat der Distrikt Merseburg des Sozialdemokratischen Kreisvereins Merseburg-Querfurt getroffen. Da die letzten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040227-14/fragment/page=0006

Stadtverordneten- und Landtagswahlen ergeben haben, daß viele Arbeiter nicht wahlberechtigt waren, da sie sich nicht im Besitze der preußischen Staatsangehörigkeit befanden, hat der Verein aus seiner Mitte einige Genossen bestimmt, welche sich zur Aufgabe gemacht haben, allen Personen behilflich zu sein, die die Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit resp. des Wahlrechts in Preußen wird das Wahlrecht in dem Geburtsstaat nicht beeinflußt, da dieses Recht dann nur ruht. Die Kommission erbietet sich nun, die zur Naturalisation nötigen Vorarbeiten kostenlos zu ermöglichen.

Alle Zuschriften oder Anfragen sind zu richten an die Genossen Otto Funke, Merseburg, Fischerstraße 10, Friedrich Beit, Merseburg, Karlstraße 8, Bernhard Müller, Niederbeuna b. Merseburg.

Aus dem Reiche.

Berlin. Eine feine Bleite. Die Passiven des jüngst infolge großer Verluste geflüchteten Bankiers Meyer beziffern sich auf 3 Millionen Mark. Die behördlichen Recherchen nach dem Flüchtling sind bisher ergebnislos gewesen; bei der Haussuchung wurde nicht einmal eine Photographie des Flüchtlings gefunden.

Breslau. Hochwasser. Die Oder ist stark gestiegen; weite Wiesenflächen wurden überflutet.

Essen. Deichbruch. Der Ruhrdeich, der bei Ober-Meiderich gegen das Hochwasser errichtet worden war, ist durchgebrochen. Die Ruhr überflutet weite Strecken.

Köln. Großfeuer. Mittwoch nachmittag entstand in dem Maschraum der Kölner Baumwollspinnerei aus bisher unaufgeklärter Ursache Großfeuer, welches sich mit großer Schnelligkeit ausdehnte. Der Feuerwehr gelang es nach mehrstündiger Arbeit den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden wird auf etwa 20000 M. geschätzt.

Emden. Fünf Menschen verbrannt. In Emden brach gestern im Hause des Kaufmanns Jünemann früh 4½ Uhr Feuer aus, wobei vier Kinder und das Dienstmädchen ums Leben kamen, während eine 13jährige Tochter der Verkäuferin Boß bei dem Sprunge aus dem Fenster schwere Verletzungen erlitt.

Vermischtes.

* **Ein heftiges Erdbeben** richtete, wie aus Aquila in Italien gemeldet wird, in Magliano de Marsi großen Schaden an. Die Karabinieri mußte die Kaserne, die gleichfalls stark beschädigt wurde, räumen.

* **Dampferzusammenstoß.** Der japanische Passagier-Dampfer Bingo-Maru, der Cardiff anlief, um Kohlen für Japan einzunehmen, stieß bei Hastings mit einem englischen Schuner zusammen. Letzterer sank sofort. Von der Besatzung wurde nur ein Deutscher, Makare, gerettet. Die anderen sind Mann ertranken, darunter der Hamburger Matrose Hermann Pratt.

* **Wegen Betrugs und Unterschlagung** wurde der Wiener Hof- und Gerichtsadvokat Gutmann zu 3 Monaten schweren Kerker verurteilt.

* **Wechselfälschung.** Der Teilhaber der Kronstadter Firma Binder u. Hügel, Friedrich Binder, wurde wegen Wechselfälschung im Betrage von 240,000 Kronen verhaftet.

* **Tief unter der Erd.** In einer Kohlengrube in Rotherham wurden 7 Arbeiter durch Herabstürzen des Fahrstuhles getötet.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

London, 26. Febr. Die Blätter veröffentlichen widersprechende Telegramme über den **zweiten japanischen Angriff** auf Port Arthur. Morning Leader zufolge, ist dieser Angriff von den Russen mit großen Verlusten für die Angreifer zurückgewiesen worden. Daily Telegraph weiß zu erzählen: Die russischen Torpedojäger benachrichtigten zuerst die russischen Wachposten vom Nahen des Geschwaders. Die Japaner eröffneten das Feuer 8 Kilometer vor dem Eingang in den Hafen. Die Geschütze der Forts antworteten, ebenso die von vier Kreuzern. Auf japanischer Seite sollen drei Kriegsschiffe in Grund gebohrt und drei weitere kampfunfähig gemacht worden sein. Der in Port Arthur angerichtete Schaden soll nicht unbedeutend sein.

Paris, 26. Febr. New. Her. berichtet über den neuesten Angriff der Japaner auf Port Arthur. Um Mitternacht griff die japanische Flotte mit voller Kraft an. Der Kampf dauerte bis zum Morgengrauen. Russische Torpedoboote hatten das japanische Geschwader 20 Meilen von Port Arthur gesichtet, und die Kommandanten der Festungswerke benachrichtigt. Bei dem Kampfe wurden drei Festungsgeschütze zum Schweigen gebracht. Eine Granate fiel in den Ankerplatz der Dschunken, von denen viele zerstört wurden. Mehrere Personen sind getötet worden, doch konnten die genauen Verlustlisten auf beiden Seiten noch nicht festgestellt werden.

Wien, 26. Februar. Der hiesige japanische Gesandte überreichte gestern dem Ministerium des Aeußern Erklärungen der japanischen Regierung gegen Rußlands Protestnote. Japan erklärt, daß **die ersten Schüsse nicht von Japan sondern von russischer Seite** fielen, und nicht japanische sondern russische Truppen zuerst koreanischen Boden betreten hätten.

— Es läßt sich kaum mehr verheimlichen, daß mit Beginn des russisch-japanischen Krieges an hiesiger, maßgebender Stelle **ein militärisches Eingreifen Oestreichs auf dem Balkan** in ernstester Weise ins Auge gefaßt wird. Sämtliche Korpskommandanten haben Auftrag, außer in Krankheitsfällen, keinen Urlaub mehr an Offiziere zu erteilen. Sogar die Mobilisierung des ersten Landsturmaufgebots ist bereits vorbereitet. Die militärischen Eisenbahn- und Etappenkommandanten sind ernannt. Es wird versichert, daß sich ernste Dinge vorbereiten.

— Eine Versammlung sozialistischer Studenten aller Nationen nahm eine Resolution an, worin der Wunsch ausgedrückt wird, daß die durch die Ländergier Rußlands verschuldete Schlächterei in Ostasien dazu beitragen möge, die Schreckensherrschaft Rußlands durch das Proletariat zu stürzen. Nach der Versammlung zogen die Demonstranten vor die russische Botschaft. Die Polizei verhaftete 5 Teilnehmer, die von den übrigen in corpore zur Wache geleitet wurden.

Gera, 26. Febr. Die Regierung von Reuß j. L. verfügte die Ausweisung des Ausländers und Brauereiarbeiters Moser in Gera wegen „sozialdemokratischer Agitation". Moser ist östreichischer Staatsangehöriger. Der Ausgewiesene hat das Land bis 1. März zu verlassen. Bis dahin schwebt das ganze große Land noch in großer Gefahr, — nach dem 1. März aber ist es vor sozialdemokratischem Umsturz wieder „sicher". Könnte man doch alle Sozialdemokraten ausweisen!

Bremen, 26. Febr. Der Kaiser tritt am 12. März mit dem Lloyddampfer König Albert die Mittelmeerreise an.

Essen, 26. Febr. Der Bergmann Ahr in Rühndorf verletzte seine Frau, seine Schwiegermutter und 2 Kinder durch Revolverschüsse schwer und erschoß sich dann selbst.

Rom, 26. Febr. In verschiedenen Städten Mittelsiziliens dauern die Erdbeben fort, ohne indes sonderlichen Schaden zu stiften.

Mailand, 26. Febr. 500 Arbeiter der hiesigen Schuhwarenfabrik Viatti sind in Ausstand getreten. In Venedig dauert die Aussperrung der Arbeiterinnen der staatlichen Tabakfabrik fort. Infolgedessen wird den dortigen Arbeitgebern ein allgemeiner Ausstand der Maurer, Schreiner und Hafenarbeiter angedroht.

Belgrad, 26. Februar. Am 1. März werden sämtliche Königsmörder aus den Hofstellen verschwinden. Generaladjutant Popovic scheidet aus der Armee, Oberleutnant Misit, der bekanntlich die ersten Hiebe gegen das Königspaar führte, hat bereits eine größere Auslandsreise angetreten.

Briefkasten der Redaktion.

K. W. W. Die gesetzliche, vierteljährliche Kündigung ist einzuhalten.

E. St. Sandersdorf. Sie haben nur die vereinbarte Miete zu zahlen, weiter nichts. Wollte der Wirt Kessel- und Schornsteingeld haben, so mußte er diese Beträge beim Mieten verlangen resp. die Höhe mit Ihnen vereinbaren.

D. R. 100. Die Gerichtsakten werden Ihnen nicht ausgehändigt. Sie können durch einen Rechtsanwalt aber Einsicht nehmen lassen.

W. H. Holzweißig. Wenn Sie die Waren für Ihren eigenen Gebrauch entnommen haben, so ist nach Ablauf von zwei Jahren Verjährung eingetreten. Allerdings darf dann aber kein vollstreckbarer Zahlungsbefehl oder Gerichtsurteil bisher gegen Sie ergangen sein.

B. M., Merseburg. Da die Preß-Kommission beschlossen hat, die Aufrufe, Eingesandts ꝛc. nicht mehr in dem bisherigen Umfange erscheinen zu lassen, ist Ihr Eingesandt in anderer Weise kurz verwertet.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 25. Februar.

Aufgeboten: Rentenempfänger Laue und Auguste Freitag (Mühlberg 4 und Grasweg 5). Schuhmacher Meißner und Amalie Patzicka (Weißenfels). Gefangenen-Aufseher Mädler und Lina Meister (Halle und Leipzig). Musiker Kehling und Anna Rosemann (Mietleben und Freckleben).

Geboren: Restaurateur Döbler S. (Halberstädterstr. 3). Arbeiter Lorenz S. (Kl. Klausstr. 2). Schlosser Reiling S. (Südstr. 62). Arbeiter Huncia T. (Jenkerstr. 4). Arbeiter Klimpt T. (Saalberg 14). Buchhalter Fiedler S. (Bernhardystraße 30). Schankwirt Bergweiler T. (Raffineriestr. 45).

Gestorben: Stellmachers Selmar S., 3 W. (Schmiedstr. 31). Bildhauers Horn S., 2 Mon. (Dieskauerstr. 1).

Erklärung.

Zur gestrigen Erklärung des Gen. Kretschmann möchte ich folgendes anführen: Auf meine Veranlassung ist das Eingesandt gegen ihn nicht erfolgt. Ich habe allerdings, nachdem die Sache angeschnitten war, erklärt, daß ich als Arbeitsloser und Konsumvereinsmitglied bei Kretschmann nochmals um Arbeit angefragt habe. Ich hatte den Mut dazu und glaubte anfangs auch, welche zu erhalten, habe aber in letzter Zeit darauf verzichtet. Ich habe aber nicht den Mut gesehen, wie zu sagen, daß ich nicht eingestellt würde. Ich bin nun nach wie vor der Meinung, die Lösung des früheren Arbeits-Verhältnisses hat mit der Arbeit am Konsumverein nichts zu tun. Hier hat es nach meinem Dafürhalten an Gen. Kretschmann gelegen, mir verständlich zu erklären, ich kann dich aus diesem oder jenem Grunde nicht einstellen. Darüber wäre eine Aussprache erfolgt, das Resultat konnte ergeben, was es wollte, es brauchte dann nicht dieser Raum in Anspruch genommen zu werden. Wie stimmt das mit seiner Erklärung überein? Wollte ich es darauf ankommen lassen, so müßte ich doch dort beschäftigt werden. Ich will aber den Kretschmann die Situation nicht weiter erschweren, sondern so kurz es geht auf die anderen Punkte eingehen.

Die Bedingungen sind nicht erfüllt, es wurden vorher, ehe der letzte Zimmerer eingestellt wurde, 2 Konsum-Vereinsmitglieder außer mir arbeitslos; dieselben hatten schon an diesem Bau gearbeitet, sie hätten auch beim Gen. Kretschmann angefangen, wenn er dieselben hätte einstellen wollen. Betr. der Nichtmitgliederr muß ich für meinen Teil den Polier ausschließen, im übrigen erinnere ich hier an den früheren Bau des Giebichensteiner Konsumvereins. Wenn Gen. Kretschmann nun über den ihm vorgeschriebenen Lohn bezahlt, so steht es ihm ja frei, diesen ev. zu kürzen oder auch noch weiter zu erhöhen. Die Behauptung über den zuletzt angestellten Zimmerer, welche nicht von mir aufgestellt wurde, wird noch genauer untersucht werden müssen.

In dem Eingesandt ist nicht die Rede von der Pflichterfüllung des Gen. Kretschmann als Parteigenosse, sondern von seiner Stellung als Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber.

Es kann mir deshalb nur angenehm sein, vom Gen. Kretschmann persönlich zu hören, wie seine Stellung im allgemeinen den Arbeitern gegenüber und im besonderen zum Sozialismus ist. Ich werde deshalb befürworten, daß er in unserer nächsten Versammlung zugegen sein kann. Reinh. Brünner.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Däumig** in Halle.

Wir verweisen auf unser gestriges Inserat und machen nochmals darauf aufmerksam, dass morgen **Sonnabend den 27. und Sonntag den 28. Februar** jeder Kunde bei einem Einkauf von ½ Pfund gebrt. Kaffee eine **mittelgrosse,** und bei 1 Pfund gebrt. Kaffee

eine grosse Tafel hochfeine Speise-Schokolade gratis erhält.

Ausserdem liegt in jedem Paket gebrt. Kaffee jetzt und in Zukunft eine Rabatt-Sparmarke von 10 Prozent bei.

Gemahl. Zucker, beste Sorte, offerieren wir das Pfund zu 18 Pfg., gemahl. Raffinade Pfund 20 Pfg.

Pottel & Groskowski.

Turnverein Lettin.
Sonntag d. 28. Febr.
Großer
Maskenball.

Kegelkl. Hoffnung Aue-Zeitz
Zu dem am Sonntag d. 28. Febr. im Deutschen Kaiser stattfindenden
Kränzchen
erlauben wir uns Freunde u. Gönner ergebenst einzuladen. **Der Vorstand.**
Anfang 4 Uhr.

Rest. z. Wilhelmshöhe
53 Burgstraße 53.
Sonntag den 28. d. M.
große Ballmusik
mit vollem Orchester.
Hierzu ladet freundlichst ein
E. Otz.

Zum Elefanten.
Sonntag den 27. Februar großer
Familien-Abend
mit Bockbierfest. Kappen gratis.
Hochachtend **Karl Hennig.**
NB. **Tanzkränzchen des** Skatklubs.

Leuchts Restaurant
Wörmlinerstraße
Sonnabend und Sonntag
Bockbier
und Speckkuchen,
wozu freundlichst einladet **D. O.**

Restaurant „Forelle".
Sonnabend und Sonntag
Bockbier-Fest.
H. Frenzel.

Hermann Kluges Restaurant
Gr. Steinstraße 67, Ecke Schimmelstr.
Empfehle täglich:
Pökelknochen mit Meerrettich oder Sauerkraut.
Regensbg. Würstchen m. Meerrettich od. Sauerkraut

Sachsenburg Trotha.
Sonntag von 4 Uhr ab
Grosse Ballmusik.

Gasthof Luckenau.
Sonntag den 28. Febr.
Kleinschmaus mit Ball
wozu frdl. einladet **Reinh. Herzog.**
NB. Sonnabend, Sonntag u. Montag d. 27., 28. u. 29. Febr. **gr. Bockbierfest.** ff. Bockbraten. Mützen gratis. **D. O.**

Achtung, Torgau!
Sonnabend den 27. und Sonntag den 28. Februar
Großes
Bockbierfest
verbund. mit musikal. Unterhaltung, wozu ergebenst einladet
Felix Klemm, Schulzenstraße 108
Auch empfehle von Sonntag früh 9 Uhr an ff. **Speckkuchen.** Bockmützen gratis. **D. O.**

Bahnhofs-Restaurant Hohenmölsen.
Sonnabend, 27., Sonntag, 28. und Montag, 29. Febr.
gr. Bockbierfest,
wozu einladet **E. Köhler.**

Trebnitz.
Zu meinem am 3. und 6. März stattfindenden
Portions-Schmaus
lade freundlichst ein.
Emil Treudler.

Sonnabend
Schlachtefest.
Karl Eschrich
Schmiedestraße 19.

Freitag
Schlachte-Fest.
J. Ranse
Advokatenweg 30.

Fohlen-Fleisch!
zarte Ware, alles andere wie bekannt empfiehlt
Reinh. Möbius,
Kl. Ulrichstr. 29. Roßschlächterei mit elektrischem Motorbetrieb.

Eine anständige Zigarre
gibt es noch immer bei
Paul Drietchen, Wörmlitzerstr. 109
Für die jungen Leute
Zigaretten in großer Auswahl.

Abbruch — Brüderstraße.
Gut erhaltenes Bauholz, sowie Brennholz billig zu verkaufen.
Bode, Zimmermeister.

Grüne Heringe	2 Pfd. 25	Pfg.
Schellfisch	à Pfd. 30 u. 33	„
Cabliau	à Pfd. 25	„
Seelachs	„ „ 30	„

empfiehlt
Fischhalle Germania, Steinweg 52.

Gehpelz, tadellos, für 45 Mk. zu verkaufen **Schülershof 1.**

Sehnwerk, neu u. gebr., Kinderschuhe in allen Größen, noch sehr gut erhalten, kauft man billig **Mansfelderstr. 1,** im Schuhgeschäft.

Fahrrad für 25 Mk. zu verkaufen. **Renner,** Schülershof 1.

Kinderwagen für 9 Mk zu verk. **Renner,** Schülershof 1.

500 gebr. Eisenbahn- u. Zivilmäntel, Winterüberzieher v. 2½ Mk. an, Stoffröcke von 75 Pf. an, Jackett- u. Rockanzüge, einz. Hosen v. 1 Mk. an, Jacketts v. 1½ Mk. an, Holzschuhe, neue u. gebr. Haibs- u. Langstiefeln, Stiefeletten, Ziehharmonikas, Holz- u. Reisekoffer, Uhren, Gewehre b. z. v. Renner, Schülershof 1.

Für Vereine und Verbände!
Aufträge zur Anfertigung von
Stempeln und Dauerfarbe-Kissen
nimmt entgegen
Schnellste Lieferung wird zugesichert.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Allgemeiner Konsum-Verein
Halle a. S. u. Umg.
eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht.
Lagerhalter
zum sofortigen Antritt gesucht.
Offerten erbitten wir nach dem Kontor **Merseburgerstr. 168.**

Schmiedelehrling sucht zu Ostern
L. Dabelow,
Giebichenstein, Fährstraße 12.

Konditorlehrling,
solider Sohn achtb. Eltern, b. fr. Station Ostern ges. Näh. b. R. Mosse, Brüderstr.

Eine ordentliche Frau wird zum Brötchentragen gesucht von
R. Wittenbecher, Trebnitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190402 27-14/fragment/page=0007

Benkwitz's älteste Bettfedern-Reinigungs-Anstalt Bettfedern, Inlette, fert. Betten

nur Schmeerstrasse 11, Ecke Alter Markt. ◉ Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Sonntag den 28. Februar nachmittags 3 Uhr

Grosse öffentl. Versammlung

der Ortschaften: Ammendorf, Radewell und Osendorf im „Letzten Dreier" zu Halle a. S., Merseburgerstraße.

Tagesordnung:

1. Gemeinderatswahlen. Referent: **Herm. Plorin**, Zeitz. 2. Aufstellung der Kandidaten.

Pflicht eines jeden Einwohners obiger Ortschaften ist es, zu erscheinen.

Der Einberufer.

Luckenau.

Sonntag den 28. Februar nachm. 3 Uhr im Herzoglichen Gasthof (Gesellschaftszimmer)

sozialdemokrat. Partei-Versammlung.

Tagesordnung: Wiedererrichtung eines sozialdemokratischen **Vereins** für Theißen und Umgegend. Referent: Genosse **A. Leopoldt**, Zeitz. **Verschiedenes.** — Alle Genossen von Theißen, Reußen, Brödiz, Döbriz und Umgegend werden ersucht, pünktl. und zahlr. zu erscheinen. Der Einberufer.

Metallarbeiter-Verband

Sonnabend den 27. Februar abends ½9 Uhr in Faulmanns Restaur.

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Deumer** über: „**Streik** oder Genossenschaft?" 2. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Schmiede.

Sonnabend den 27. Februar abends 8½ Uhr im „Engl. Hof" Großer Berlin 14

Versammlung.

Tagesordnung: Einführung einer Einheitsmarke unter Wegfall der Sekretariatsmarken.

Da dieser Punkt ein sehr wichtiger ist, so werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Verein deutscher Schuhmacher Weißenfels.

Sonnabend den 27. Februar abends 8 Uhr in der Zentralhalle

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Jahresbericht über das Gewerkschaftskartell. 3. Konferenz in Erfurt.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, zahlreich zu erscheinen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Halle-Süd.

Sonnabend den 27. Februar abends 8½ Uhr in Kautzsch' Gasthaus „Zur Erholung", Martinsberg 6

außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Wintervergnügen. 3. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Verein „Saxonia" Weissenfels.

Zu dem am **Sonntag den 28. Februar in den festlich dekorierten Räumen des Restaurant Stadt Naumburg** stattfindenden

großen Maskenball

laden wir hierdurch ganz ergebenst ein. **Der Vorstand.**

Anfang 3½ Uhr. Einlaß der Masken 6½ Uhr.

Naturheilverein I. Halle-Giebichenstein.

Sonnabend den 27. Februar 1904 abends 7½ Uhr findet im **„Burgtheater"** unser

16. Stiftungsfest,

bestehend in Konzert, Theater und Ball,

statt, wozu Freunde und Gönner ergebenst eingeladen werden.

Der Vorstand.

Die Opfer der Kaserne.

Eine Anklageschrift

nebst einer Sammlung militärgerichtlicher Urteile.

Von **Rudolf Krafft,** früher bayrischer Premierleutnant a. D.

Preis **50** Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Geiststraße 21.

Eine Partie Hängelampen, Tischlampen, Wand-Lampen, Laternen, Kinder-Badewannen, Haus- und Küchengeräte und and. Sachen müssen wegen Abbruch des Grundstückes **Leipzigerstraße 28** bis zum 31. März ds. J. zu billigen Preisen ausverkauft werden.

Achtung, Arbeiter!

Bei Eurer täglichen schweren Arbeitszeit müßt Ihr auch ein **kräft. Roggenbrot** genießen. Ein solches erhaltet Ihr wirklich gut u. bill. i. d. Bäckerei von

R. Wittenbecher, Trebnitz.

Gebr. Nähmaschine

sowie **2 Gebett Betten, Bettstelle, Sofa, Kleiderschrank, Vertikow, 4 Stühle** sofort spottbillig zu verkauf. **Geiststrasse 21, I Tr.**

Mühlgasse 2.

Schuh-Lager und Schnell-Besohl-Anstalt. Herrensohlen u. Abs. 2.75 Mk., Damensohlen u. Abs. 1.75 Mk., für Kinder je nach Größe, von nur gutem Kernleder, unter Garantie. Von heute auf sämtliche Reparaturen Sparmarken. Große Posten getr. Schuhwaren billig zu verkaufen **H. Wolf,** Schuhmachermeister.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Sonnabend den 27. Februar 1904 aufgehobenes Abonnement. **Tannhäuser,** 2. Akt. **Schulreiterin. Weingeister.**

Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

Sonntag den 28. Februar 1904 3½ Uhr: **Zapfenstreich.** 7½ Uhr: **Martha. Weingeister.**

Neues Theater

Direktion E. M. Mauthner

Sonnabend den 27. Febr. Abends 8[5]: **Familie Schierke.**

Sonntag 4 Uhr: **Volks-Vorstellung. 60, 40, 20 Pfg. Marienfäden. Was tut man da? Ninette im Schnee. Aus einer kl. Garnison.** Abends 8[5]: Zum ersten Male: **Frauen von heute.**

Walhalla-Theater.

Direktion: **F. W. Jedermann.**

Allabendlich das

Riesen-Pracht-Programm

mit seinen

11 Glanznummern 11

25 Künstler u. Künstlerinnen 25.

Heute Freitag

Grosser

Elite-Nichtrauch-Abend

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.

Nur noch wenige Tage die grossen Attraktionen.

Olga Viarda

Charles Hera

Agnes Spadoni

William Schüff

Zeitz, Zentralhalle.

Sonntag 3½ Uhr kleine Preise.

Zapfenstreich.

Abends: **Gastspiel Asle.**

Fatinitza.

Montag kleine Preise.

Jungfrau von Orleans.

Zeitz, Zentralhalle.

Dienstag den 1. März

◉ **Benefiz** ◉

für den Ober-Regisseur und ersten jugendlichen Helden, Herrn **Hans Julius Kuispel**

Die Hoffnung auf Segen.

(Op Hoop van Zegen.)

Eine Fischer-Tragödie in 4 Akten von Herm. Heyermans jun.

Feuerversicherung

erstklassig, koulant, billig. Anträge für Gebäude, Mobiliar und Warenlager übernimmt gern

Karl Brandt

Kleine Klausstraße 7, 3 Tr.

W. Dudenbostel,

Breitestraße 28.

Oranienburger Seife, bestes Fabrikat der als höchstleistungsf. bekannten Firmen: **Stephan & Co., Halle a. S.** u. **Sandkuhl, Zerbst.** 800 Gr.-Riegel 43 Pf.

Soda 4 Pf.

Mignon-Kakao und **Schokolade,** von **Fr. David Söhne,** zu Fabrikpreisen.

Eiernudeln

Faden-, Hörnchen-, Figuren- u. Hausfrauen-, nur das Feinste aus erstklassiger Fabrik, **Vater,** Lockwitz, 1 Pfd. 50 Pf.

Neue Pflaumen	25	Pfg.
„ **Ringäpfel**	40	„
„ **Sevilla Feigen**	30	„
„ **Datteln**	30	„
„ **Mischobst**	35	„
„ Bohnen	15	„
„ **Vikt.-Erbsen,** selt. schön	15	„
„ **Linsen**	15	„
Glanz, hochfein	15	„
Rabsen, Sommer	18	„
Gebirgshimbeersirup, Liter	110	„
Geschälte Hafergrütze	30	„
Rotwurst (Braunschweig)	53	„
Knack- u. Mettwurst	90	„
Wurstfett	43	„
Sülze	65	„
Große Käse 6 Stück	25	„
Alle Sorten Zichorien 3 P.	25	„
Neue Heringe, fein 2jähr. Schund Stck.	5	„
Zylinder 3 Stck.	10	„
Holzpantoffeln für Männer	90	„
„ „ Frauen	70	„
„ „ Kinder	50	„

Es gelangen nur **feinste Waren** und **feinste Fabrikate** zum Verkauf.

Niemand zahlt Geld ein

Niemand riskiert etwas, wie in Konsumvereinen, man überzeuge sich von meiner **gr. Leistungsfähigkeit.**

Trotz alledem erhält **jeder Käufer**

10% Rabatt,

welcher, **wie seit 6 Jahren,** am **Jahresschluß bar** ausgezahlt wird.

Bemerkung:

Für Händler kann eine Ermäßigung **nicht eintreten,** auch wird nichts ins Haus gesandt, da die billigen Preise mit dem Rabatt von 10 Pfg. auf die Mark weder Unkosten noch Kürzungen zulassen.

Hausfrauen habt acht!

Offeriere bis auf weiteres:

1 Pfd. Rücken (Karbonade)	65 Pf.
1 Pfd. Schinken . . .	60 Pf.
1 Pfd. Bauch	50 Pf.
1 Pfd. fetten Speck . .	60 Pf.

5½ **Pfd. fettes Fleisch u. Schmeer 3 Mark.**

Feinste Rot- und Leber-Wurst aus reinem Schweinegut Pfd. **70** Pf.

Emil Bischoff,

Schülershof 21, dicht am Markt.

Apfelsinen

wieder frische umgepackte Ware zu **billigsten** Preisen eingetroffen.

Ananas, bittere Orangen, Mandarinen, Zitronen.

Robert Semmler, Nikolaistr. 8

Obst- und Südfrucht-Großhandlung.

Schaft-, Zug- und Kinderstiefel, selbst angefertigt, sehr dauerhaft gearbeitet, mit guten Zutaten, wie bekannt, empfiehlt billig **Alter Markt 11,** Hof links, kein Laden. **J. Sternlicht.** Telephon 1946.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, sagen wir allen denen, die uns während ihres schweren Krankenlagers hilfreich zur Seite standen, unseren aufrichtigsten Dank. Besonders sagen wir Herrn Dr. Jackob für seine aufopfernde Mühe, Herrn Pastor Kleeberg für seine trostreichen Worte am Grabe, Herrn Lehrer Würfel für die erhebenden Grabgesänge, und allen denen, die den Sarg mit Blumen und Kränzen geschmückt, und die teure Entschlafene zur letzten Ruhe getragen haben, unseren besten Dank.

Ober-Schwöditz, am 24. Febr. 1904.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Familie Beyer.

Bei Einkauf von **5 Mark** an erhält jeder Käufer ein

Extrageschenk

H. Elkan

Leipzigerstr. 87.

Billigstes u. grösstes Kaufhaus der Stadt Halle

empfiehlt

Konfirmanden-Anzüge

in größter Auswahl, guten Stoffen u. garantiert schöner Paßform in 10 Qualitäten v. 9.50 M. an, 12.— Mk., 13.25 Mk., 15.— Mk., 17.— Mk. bis zu den feinsten 20.— Mk.

Jeder bei mir gekaufte fertige Anzug sitzt genau wie nach Maß gearbeitet.

Stofflager

zu Bestellungen nach Maß

unter Garantie guten Sitzes mit billigster Preisstellung.

Ferner großes Lager in: Konfirmanden-Hüten. Wäsche, Chemisetts, Stiefeletten u. Stiefeln.

Jeder Konfirmand erhält ein Extrageschenk.

Kaufhaus I. Ranges

H. Elkan

Leipzigerstr. 87.

Bei Einkauf von **5 Mark** an erhält jeder Käufer ein

Extrageschenk

Rabatt-Sparmarken

werden lose und eingeklebt im Buch in jed. Höhe mit in Zahlung genommen.

Emaille-Geschäft Geistst. 64.

Sport- u. a. Kinderwagen kauft **Renner, Schülershof 1.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040227-14/fragment/page=0008